

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEP, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement.

Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zig.-Kat. No. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1,25.

Redaktion:

Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastraße 8.
Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Anklamerstr. 27.1.
Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkeuditz.
Redaktionsschluss: Sonnabend.

Insertion.

Für die viergespaltene Pettizelle oder deren Raum 30 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. Beilagen nach Uebereinkunft.

Bekanntmachungen.

Zur gefl. Beachtung.

Alle den **Verband betreffenden Angelegenheiten** (Mitteilungen über Differenzen, Lohnbewegungen, Sperrn und Streiks, sowie Adressenänderungen usw.) sind zu richten an **Otto Sillier**.

Alle **Kassensangelegenheiten** an **Wilh. Brall**.

Alle den **Senefelder-Bund in Liquidation betreffenden Fragen** an **Paul Lange**.

Adresse für die drei Genannten:

Berlin N. 28, Anklamerstr. 27.1.

Alle **Artikel**, Korrespondenzen, Versammlungs-Berichte, Tauschexemplare sind einzusenden an die **Redaktion**:

Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastraße 8.

Alle **Annoncen**, Aenderungen und Reklamationen über die Zustellung der Graphischen Presse nimmt entgegen die **Expedition**:

Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastr.

Alle **Beschwerden** über Redaktion und Inhalt der Graphischen Presse sind stets unter näherer Begründung zu überweisen an die **Preßkommission**, z. H. **Artur Haring**, L.-Anger, Roßbachstr. 3 III
Der **Hauptvorstand**.

Gesperrt.

Stellungnahme in allen folgenden Firmen zieht den **Verlust der Mitgliedschaft** nach sich.

Für Lithographen und Steindrucker: **Berlin**. Der gegnerische Arbeitssach-

weis bei S. Herrmann.

Firma Angerer (für Kupferdrucker).

Eitville. Firma Fischer & Co.

Köln a. Rh. Witte & Co.

Pieß, O.-S. A. Krummer.

Rybnik, O.-S. Firma Bartels.

Für Chemigraphen:

Berlin.

Chemnitz. A. Jällich; Köhler & Richter.

Dresden. Mittelbach; C. Schemmel; Stengel & Co.; Mejo & Markert.

Leipzig. Mejo & Springer.

Stuttgart. Gebr. Rößle.

Im Ausland:

Dänemark. Alfred Jakobsen Kopenhagen-Bülöwey (Kupferdr. u. Chem.).

Holland. Krommenie: Verwers Metaaldrukkery (Lithogr. und Steindr.).

Rotterdam: Firma Modern (Chemigr.).

Oesterreich: **Triest**.

Tarifamt für Deutschlands Chemigr. u. Kupferdr.

In das Verzeichnis der tarifreinen Anstalten ist nachzutragen die Firma: **Fr. Mannheim, Gravier- und Xylograph-Anstalt, Kaiserslautern**.

Berlin, den 16. Februar 1909.

gez. **Georg W. Büxenstein**, Prinz.-Vors.
gez. **Alb. Hehr**, Geh.-Vors.

Inhalt:

Hauptteil: Bekanntmachungen. Der Kölner Aertzestreit. Rundschau. Gewerkschaftsdemokratie, II. (Schluß) Branchen wir einen Ausschuß für Sozialpolitik? — **Allgemeines:** Sao Paulo (Brasilien). Brief aus Kattowitz. Ortsberichte: Bonn, Heilbronn, München. — **Der Lithograph:** Aus den Sektionen: Dresden. — **Die photomech. Fächer:** Scharfmachereien in der Lichtdruckbranche. Zur weiteren Einführung in der Chemigraphentaris. Aus den Sektionen: München. — **Photogr. Mitarbeiter:** Lohnkürzungen im Atelier des Warenhauses Wertheim. — **Die Tapetenbranche:** Aus dem Lager unsrer Unternehmer. Aus den Sektionen: Altona-Ottensen, Leipzig. — **Feuilleton:** Zu Senefelders 75. Todestage. Die Entwicklung des Weltalls, II. Eingänge. — **Anzeigen.**

Der Kölner Aertzestreit.

Am 1. Februar ist in Köln ein Streit zwischen den Krankenkassen und den Aerzten zum Ausbruch gekommen, der für die Arbeiterschaft von größtem Interesse ist. Er hat eine lange Vorgeschichte.

Von 1884 bis 1904 bestand zwischen den Kölner Krankenkassen und einer größeren Anzahl von Kölner Aerzten ein Vertragsverhältnis, das sich gut bewährte. Es schützte die Kassen vor dem Uebelstande, von den Aerzten als milchende Kuh benutzt zu werden, sicherte den Mitgliedern in jeder Beziehung ärztliche Hilfe und wurde auch den Ansprüchen der Aerzte, die in den Vertrag einbezogen waren, durchaus gerecht.

Im Jahre 1903 kam es zum Streik der Aerzte gegen die Kölner Krankenkassen, weil die Aerzteorganisation verlangte, daß jeder Arzt, der zur Kassenpraxis zugelassen zu werden wünscht, auch unbedingt zugelassen werden muß. Die Aerzte nennen das »freie Arztwahl« für die Kassenmitglieder, in Wirklichkeit ist es aber die »freie Kassenwahl« für die Aerzte; denn den Mitgliedern soll es nicht gestattet sein, auch solche Aerzte zu konsultieren, denen an der Kassenpraxis nichts gelegen ist. Die Kassen haben aber noch anderen und höheren Pflichten nachzukommen, als bestimmten Aerzten, die mit allerlei Mitteln die Kranken anzulocken verstehen, eine fette Pfründe

zu gewähren. Sie sollen auch Medikamente und Heilmittel liefern, Krankenunterstützung zahlen usw., weshalb sie sich mit aller Entschiedenheit gegen die von den Aerzten angestrebte »freie Kassenwahl« wehren. Daß diese auch nicht im Interesse der meisten Aerzte liegt, weil oft die tüchtigsten unter ihnen, die die Anwendung derartiger Zugmittelchen als Köder für die Mitglieder verschmähen, am schlechtesten wegkommen, sei nur nebenbei erwähnt. Weil die »freie Kassenwahl« der Aerzte für die Kassen eine schwere Belastung bedeutet, durch die sie an der Erfüllung ihrer übrigen großen sozialen Aufgaben behindert oder zu starken Beitragserhöhungen gezwungen werden, ist der Widerstand der Kassen gegen die Forderung des Aertzeverbandes durchaus gerechtfertigt.

Auch die Kölner Krankenkassen lehnten die Forderung der Aerzte rundweg ab. Sie schlossen Verträge mit bestimmten tüchtigen und erprobten Aerzten ab, unter denen den Mitgliedern die Wahl freistehen sollte. Daraufhin stellten damals alle übrigen Kölner Aerzte ihre Tätigkeit für die Kassen und jede, auch private Behandlung von Kassenmitgliedern ein. Dieser »Streik der Aerzte« würde in kurzer Zeit zu deren Nachteil entschieden worden sein, da die Aerzte, mit denen Verträge bereits abgeschlossen waren oder mit denen der Vertragsabschluß in naher Aussicht stand, zur Bewältigung der Kassenpraxis vollständig ausgereicht hätten. In dieser Notlage kam den in die Verträge nicht einbezogenen Aerzten die Aufsichtsbehörde zu Hilfe. Sie hob das Selbstverwaltungsrecht der Kassen kurzer Hand auf, übernahm die Funktionen der Kassenvorstände und schloß in deren Namen am 1. Februar 1904 mit den Aerzten einen fünfjährigen Vertrag ab, durch den die sogenannte »freie Arztwahl« den Kölner Kassen einfach aufgezwungen wurde.

Diese Tätigkeit der Aufsichtsbehörde wurde inzwischen, und zwar am 24. November 1908, also nach fast 5 Jahren, durch das preußische Oberverwaltungsgericht für ungesetzlich erklärt. Solange hat nämlich ein Rechtsstreit zur endgültigen Erledigung gebraucht, den die Kölner

Ortskrankenkasse für Handwerker No. 8 gegen die eigenmächtige Handlungsweise der Aufsichtsbehörde, d. h. des Oberbürgermeisters von Köln, eingeleitet hat. Das Oberverwaltungsgericht mußte auf Grund einer sehr umfangreichen Beweisaufnahme des Bezirksausschusses feststellen, daß ein Aertzemangel in der betreffenden Kasse nicht bestand, daß auch in allen übrigen Kassen, sofern er dort bestanden haben sollte, Abhilfe in nächster Aussicht stand, daß der Oberbürgermeister daher zum Eingreifen nicht die geringste Ursache hatte und der von ihm namens der Kasse mit dem allgemeinen ärztlichen Verein abgeschlossene Vertrag nichtig sei.

Durch diesen *nichtigen* Vertrag, der der Kasse fast 5 Jahre aufgezwungen war, ist diese aber ungemein schwer zugunsten der Aerzte belastet worden. Während vorher die Kasse für jedes ihrer Mitglieder 2,50 Mk. und für die Familienangehörigen jedes Mitglieds 9 Mk. im Jahre an Arzthonorar zu zahlen hatte, wurde sie durch den Vertrag gezwungen, 5 resp. 14 Mark jährlich an die Aerzte zu zahlen. Um diese aufgezwungene Steigerung der Lasten für Arzthonorar, die nahezu einer Verdoppelung gleichkommt, tragen zu können, war sie zu einer Erhöhung der Mitgliederbeiträge von 2,8 auf 4 Proz. des durchschnittlichen Tagelohns, also um 43,8 Proz. veranlaßt! Diese ungeheure Mehrbelastung wäre den Mitgliedern ohne das ungesetzliche Eingreifen des Oberbürgermeisters erspart geblieben. Wer für den Schaden verantwortlich ist, wer den Mitgliedern die ihnen zugunsten der Aerzte entzogenen Beitrags Groschen, die in den 5 Jahren zu ganz netten Sümmchen angewachsen sind, zu ersetzen hat, wurde durch das Oberverwaltungsgericht leider nicht festgestellt. Und die in Frage kommende Kasse hat von einer weiteren Verfolgung der Sache Abstand zu nehmen beschlossen.

Aber so wie die Kölner Ortskrankenkasse für Handwerker No. 8 sind auch alle übrigen Kölner Kassen durch das ungesetzliche Eingreifen des Oberbürgermeisters vom Jahre 1903 ein halbes Jahrzehnt hindurch auf Kosten der Mitglieder und zugunsten der Aerzte geschröpft

worden! Wer will es ihnen verdenken, wenn sie dieser unerhörten Schröpfung nach dem Ablauf der ihnen aufgezwungenen Verträge ein Ende zu machen suchen?!

Die Verträge liefen bis zum 31. Januar 1909. Schon im März vorigen Jahres schlossen die Kölner Kassen mit bestimmten Aerzten neue, am 1. Februar 1909 in Kraft tretende Verträge ab. Sobald die Aerzte davon erfuhr, erhoben sie dagegen Protest. Sie wären schon damals unter Bruch der zwischen ihnen und der Aufsichtsbehörde abgeschlossenen Verträge in den Kampf getreten, wenn der Oberbürgermeister nicht einen Waffenstillstand zwischen ihnen und den Kassen zustande gebracht hätte. Schon vor dessen Proklamierung hatten die Kassen mit 34 Aerzten langfristige Verträge abgeschlossen. Bei den Einigungsverhandlungen erklärten sie sich zur Erhöhung der Zahl der anzustellenden Aerzte bis auf 150 bereit. Dabei wurde nachgewiesen, daß das System der sogenannten »freien Arztwahl« nicht mehr aufrecht zu erhalten sei, da es die Mitglieder ungeheuer belastet und die Kassen an den Rand des Ruins gebracht habe. Mit der Erklärung der Erwerbsunfähigkeit und der Anordnung von Nähr- und Stärkungsmitteln hatten viele Aerzte, um Patienten an sich zu locken, direkt Unfug getrieben; konnte es doch sogar vorkommen, daß Betrüger ein umfangreiches Verkaufsgeschäft mit Stärkungsmitteln betrieben, die die Kassen auf ärztliche Verordnung geliefert hatten. Die Aerzte stellten daraufhin das Ansinnen, die Verordnung von Nähr- und Stärkungsmitteln überhaupt auszuschließen, worauf die Kassen natürlich nicht eingehen konnten, da derartige Mittel für die Kranken unbedingt notwendig sind; nur dem Unfug der Vergeudung derartiger Mittel sollte gesteuert werden. Zu einer Einigung zwischen den Kassen und dem Aerzterverband kam es nicht.

Gleich nach dem Scheitern der Einigungsverhandlungen am 29. April 1908 erklärte eine Aerzerversammlung in Köln, daß die Schuld daran denjenigen Aerzten beizumessen sei, die mit den Kassen bereits Verträge abgeschlossen hätten. Der »Verband der Aerzte Deutschlands« sucht aber die Schuld auf die »Unnachgiebigkeit« der Kassen zu schieben. Die Herren suchen also den Sündenbock überall, nur nicht im eigenen Lager. Die Kassen sind jedenfalls den Aerzten soweit entgegengekommen, wie sie es vor ihren Mitgliedern und ihrer eigenen Existenz verantworten konnten. Nur an dem Fehlen jeder sozialen Einsicht bei den Aerzten sind die Verhandlungen gescheitert.

Am 1. Februar traten die neuen Verträge der Kassen mit einer größeren Anzahl von Aerzten in Kraft und zurzeit stehen den Kölner Kassen mehr als 80 Aerzte zur Verfügung. Von einem Aerztemangel kann also nicht mehr gesprochen werden; die Zahl muß auch von der Aufsichtsbehörde als genügend erachtet werden, und vor neuen ungesetzlichen Eingriffen dürften die Kassen durch die erwähnte Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts gesichert sein.

Die ausgeschalteten Aerzte wollen beschlossen haben, vom 1. Februar ab nur bei lebensgefährlichen Verletzungen oder Blutungen ärztliche Hilfe zu leisten. In allen anderen Fällen soll sie Kassenmitgliedern, versicherten und auch nicht versicherten Familienangehörigen unbedingt verweigert werden, und zwar auch dann, wenn sie gegen Bezahlung verlangt wird! Das Organ des Aerzterverbandes, das in frivolster Weise über die »berühmten Notfälle« höhnt, vertritt aber, daß in Wirklichkeit »die Kölner Kollegen folgende Taktik beschlossen« haben: 1. Kein Mitglied einer der fraglichen Kassen, 2. keines von den versicherten Angehörigen, 3. auch keines von den nichtversicherten Angehörigen irgendwie zu behandeln, auch nicht gegen Barzahlung, auch nicht in Notfällen!

Die Früchte dieser brutalen, gemeingefährlichen Taktik zeigen sich bereits. Aus Köln werden ständig neue Rohheiten berichtet. In dem Kölner Vorort Bocklemünd hatte sich ein an Krämpfen leidendes Kind mit siedendem

Wasser verbrüht. Der Arzt, ein Mitglied des Aerzterverbandes, verweigerte die Behandlung, als er hörte, daß der Vater Kassenmitglied sei. Die Mutter flehte ihn an, wenigstens etwas zur Linderung der furchtbaren Schmerzen aufzuschreiben; auch das verweigerte der Arzt und fuhr weg. In Köln-Alstadt weigerte sich ein Arzt, zu einem in Krämpfen liegenden Kinde zu kommen; als nach kurzer Zeit ein anderer Arzt herbeigeholt war, war das Kind schon tot. Bei einem schweren Fall von Frühgeburt mit starker Blutung verweigerte der bisherige Arzt die Hilfe; als der neue Arzt erschien, war die Frau beinahe verblutet. In Köln-Lindenthal erklärte ein Arzt bei einem an Diphtheritis erkrankten Kinde eine Einspritzung für unbedingt nötig, weigerte sich aber, sie vorzunehmen; das Kind starb einige Stunden später in den Armen des Vaters auf dem Wege zum Augustahospital, nachdem der Vater vorher auch von einem anderen Krankenhause abgewiesen worden war.

Auch die aus städtischen Mitteln besoldeten Professoren und Aerzte der Krankenhäuser suchen nämlich mit allen Mitteln gegen die Kassen zu arbeiten. In vielen Fällen werden Kranke noch vor ihrer Heilung aus den Hospitälern entlassen. In der Lebensmittelherzeugung tätige, geschlechtskranke Bäcker- und Schlächtergesellen, die früher sofort in die Hospitäler aufgenommen wurden, werden jetzt oftmals zurückgewiesen. Einen operierten Kranken entließ man schon zwei Stunden nach der Operation, als die Wirkungen der Narkose noch nicht vorüber waren!

Derartige Vorkommnisse rauben den Aerzten natürlich den letzten Rest der Sympathien, die sie vielleicht noch hatten, so daß sogar vom Regierungstische aus bei den Reichstagsverhandlungen vom 5. Februar scharfe Worte gegen sie gefallen sind. Mit den gewerkschaftlichen Kämpfen der Arbeiter für die Verbesserung ihrer Lage hat natürlich das Vorgehen der Aerzte, das gegen die Aermsten der Armen gerichtet ist, nicht das Geringste gemein. Jeder sozialempfindende Mensch wird für eine derartige brutale Kampfweise nur ein Gefühl der Empörung und des Abscheus übrig haben.

Rundschau.

Ein Wort an die deutschen Arbeiter richten die organisierten Buchdrucker Amerikas. Der zähe Widerstand eines kleinen Teils der amerikanischen Buchdruckereibesitzer, an deren Spitze die bekannte Butterick Publishing Company in New-York steht, gegen die Einführung des Achtstundentags, die von der amerikanischen Buchdruckerorganisation schon seit mehreren Jahren angestrebt wird, ist noch nicht gebrochen. Die führende Firma, deren Druckerzeugnisse auch in Deutschland eine beträchtliche Verbreitung haben, behält sich schon seit 1905 mit Streikbrechern, führt seit jener Zeit einen erbitterten Kampf gegen jede Forderung der organisierten Arbeiter und hat auch schon zu verschiedenen Malen die Gerichte gegen Gehilfen in Anspruch genommen, um letztere ins Gefängnis zu bringen. Trotzdem hat sich aber die Butterick Publishing Company inzwischen zur Anerkennung des Achtstundentags bequemen müssen, jedoch die Anerkennung der Organisation und die Beachtung der von dieser präzisierten Regeln wird immer noch hartnäckig verweigert. Dieser Machtstandpunkt stützt sich auf die Annahme, daß die organisierte Arbeiterschaft wohl in Amerika imstande wäre, der Firma Schaden zuzufügen, nicht aber auf ihren internationalen Absatzgebieten. Von diesem Standpunkt aus glaubt die amerikanische Schafmacherfirma auf die organisierte Arbeiterschaft und ihre berechtigten Forderungen mit Verachtung herabsehen zu können. Um nun aber dieser Butterick Publishing Company zu beweisen, daß die internationale Solidarität der Arbeiterschaft kein leerer Wahn ist, hat die amerikanische Organisation der Buchdrucker eine Delegation nach Europa geschickt, die maßgebenden Instanzen um moralische Unterstützung in diesem Kampfe zu ersuchen. Infolgedessen hat sich auch die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands dazu entschlossen, einen Aufruf in der gesamten Arbeiterpresse zur Veröffentlichung zu bringen und damit die Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft sowie weiterer Volkskreise für diese Frage zu erwecken. Auch wir nehmen daher Veranlassung, die Kollegenschaft auf die Erzeugnisse der Butterick Publishing Company aufmerksam zu machen. Spezialitäten dieser Firma sind hauptsächlich Schnittmusterbogen, welche unter den Namen: »New Idea«, »Delinibator«, »Designer«

»The Butterick Quarterly« und »The Standard Quarterly« in den Handel gebracht werden, ferner die monatliche Zeitschrift »Modenrevue«, »Buttericks Modenalbum« und »Buttericks Moden der Hauptstädte«, die in Berlin erscheinen. Alle diese Erzeugnisse sind Streikbrecherarbeit und dementsprechend zu behandeln.

Herr Betriebsleiter Heinzelmann in Zeitz fühlte sich durch einen »Brief aus Zeitz« beleidigt, der in Nummer 27, 1908 (Seite 218) der »Graph. Presse« veröffentlicht worden war. Er beantragte bei der Staatsanwaltschaft, gegen den Redakteur unseres Organs im öffentlichen Interesse ein Strafverfahren wegen Beleidigung einzuleiten. Das wurde jedoch abgelehnt, worauf Herr Heinzelmann auf dem Wege der Privatbeleidigungsklage gegen Kollegen Barthel vorzugehen versuchte. Doch auch damit hatte er kein Glück, denn das Gericht wies die Klage kostenpflichtig ab. Gegen diesen die Klage abweisenden Beschluß legte Herr Heinzelmann Beschwerde ein, die jedoch kürzlich ebenfalls kostenpflichtig zurückgewiesen wurde, wodurch das ganze Verfahren ohne jedes Resultat für den Kläger rechtskräftig erledigt ist.

Der Anschluß der Formstecher an unseren Verband wird in Nummer 4 des Organs der Xylographen besprochen. Der Artikel schließt wie folgt: »Der Verband (der Formstecher) hatte kein eigenes Verbandsorgan, sondern hatte seinen Mitgliedern die »Graphische Presse« des Lithographenverbandes geliefert. Er hat dadurch die gewerkschaftliche Erziehung seiner Mitglieder kräftig gefördert, besser, als wie es in einem eigenen Organ mit ganz beschränkten Mitteln möglich gewesen wäre. Die Verschmelzung eines solch gut geleiteten Verbandes mit dem Lithographenverband ist gewiß freudig zu begrüßen als ein weiterer Schritt auf dem Wege zur Einheitsorganisation im graphischen Beruf. Jetzt stehen nur noch die Notensetzer und die Xylographen abseits. Hoffentlich ist die Zeit nicht mehr fern, wo auch wir unseren Sondersandpunkt aufgeben und wir uns mit den Arbeitsbrüdern, die uns beruflich nahe stehen, zu einem großen, kräftigen und schlagfertigen Verbanne vereinigen.« Wir schließen uns diesem Wunsche vollinhaltlich an.

Die Hochwasserkatastrophe hat auch die Fachschule unserer Nürnberger Kollegen sehr arg in Mitleidenschaft gezogen. Die Unterrichtskurse müssen deshalb auf die Dauer von ca. 4 Wochen aufgehoben werden.

Die Reichsfinanzreform soll nach Zeitungs-meldungen dadurch gesichert sein, daß sich die Blockparteien auf einen Kompromiß geeinigt haben, wonach die Nachlaß-, Elektrizitäts- und Inerentensteuer fallen gelassen wird, dagegen der Tabak am stärksten und ferner das Bier stärker belastet werden soll. Für den Spiritus soll ein geeignetes Monopol beabsichtigt sein. Der Kuhhandel hätte also die Wünsche der Agrarier, die ja diesen Handel gründlich verstehen, erfüllt. Die Nachlaßsteuer, die nur die Reichen trifft, läßt man fallen und das Volk soll unter neuen indirekten Verbrauchssteuern bluten. Es wird sich noch zu machvollen Protesten aufrufen müssen; wenn es diese Steuerschröpfungen abwehren will. Das gilt besonders auch für unsere Kollegen; denn von einem Fallenlassen der Plakatsteuer wird nichts bekannt und eine starke Mehrbelastung des Tabaks wird durch jene Preißüberbung direkt als sicher in Aussicht gestellt.

Die Plakat- und Zigarrenbanderolesteuern werfen ihre Schatten voraus. Im Bericht der Chromopapier- und Kartonfabrik vorm. Gustav Najork, A.-G. in Leipzig-Plagwitz heißt es: »Die geplante Zigarrenbanderolesteuer lastete während des ganzen Jahres schwer auf den durch sie betroffenen Kreisen, zu denen auch wir gehören, und die Ankündigung der Plakatsteuer brachte das Geschäft in unseren Plakatkartons vollständig zum Stillstand.«

101 300 Arbeitslose in Groß Berlin. Das ist das Ergebnis der von der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft am 13. Febr. vorgenommene Arbeitslosenzählung. Es sieht etwas anders aus wie das Resultat der amtlichen Zählung vom 17. November 1908. Damals wurden in Berlin allein 28 006 Arbeitslose gezählt, während jetzt 67 367 Arbeitslose festgestellt wurden. In Berlin und 27 Vororten zählte man damals 40 212, jetzt aber 98 002 Arbeitslose. Die neue Zählung erstreckt sich auch über die Vororte, die damals nicht mit einbezogen waren. Das Resultat ist, wie bereits bemerkt, 101 300 Arbeitslose! Dabei sind alle zweifelhaft ausgefüllten Zählkarten, die noch nach Tausenden zählen, von vornherein ausgeschlossen worden. Jeder sechste Berliner Arbeiter ist also seines Lebensunterhalts beraubt! Ob angesichts derartiger Schreckensziffern die Herrschenden noch immer zu behaupten wagen, eine fühlbare Notlage bestehe nicht?!

Eine Arbeitslosen-Unterstützung von 15 000 Mk. hatte der Nürnberger Magistrat zu gewären beschlossen. Am 16. Februar hatte das Gemeinderatkollegium über die Frage zu beschließen. Hier erhob sich heftige Opposition. Die bürgerlichen Redner erlaubten sich die schärfsten Angriffe gegen die Arbeiter. Man erklärte, die Gewerkschaften hätten für die Arbeitslosen zu sorgen. Ein Freisinniger meinte, die Gefühlsduselei dürfe nicht zu weit getrieben werden. Von einem National-liberalen wurde angeführt, Arbeitslose gäbe es immer, viele davon seien Arbeits-scheue, die über-

haupt nicht arbeiten wollten. Die Sozialdemokraten bemühten sich mit aller Entschiedenheit, etwas für die Arbeitslosen zu erreichen, aber vergebens. Der Antrag wurde in namentlicher Abstimmung mit 26 gegen 25 Stimmen abgelehnt! Möchte die Arbeiterschaft diese neueste liberale Heldental nicht zu schnell vergessen!

Einen Streikbrechertransport von zirka 50 Mann suchte ein Streikbrechertransport von Berlin nach Zürich zu leiten, wo in einer Möbelfabrik 90 Arbeiter wegen Maßregelung in den Streik getreten sind. Auf dem Bahnhof in Nürnberg, wo der Transport mit dem D-Zug am 16. Februar abends eintraf, hatten sich zahlreiche Verbandsmitglieder postiert, die den Zug mit dem Ruf empfielen: »Kollegen, raus aus dem Zug, in Zürich ist Streik!« Trotz dem der Agent und sein Gehilfe die Türen der Sonderwagen zu verschließen versuchten, gelang es doch, während des kurzen Aufenthalts 31 Mann aus dem Zuge herauszubringen. Mit dem Reste seiner Habe setzte der Agent seinen Transport fort.

Justiz und Streikende. Ein streikender Arbeiter hatte zwei Arbeitswilligen zugerufen: »Wollt ihr denn Streikbrecher spielen, ihr kommt noch heute vom Gerüst herunter.« Das Schöffengericht verurteilte den Mann zu einer Geldstrafe. Die Stralkammer sah aber in den Worten eine Bedrohung und änderte die Strafe in eine Woche Gefängnis um. Das Urteil der Stralkammer steht, wie aus Richterkreisen geschrieben wird, im Widerspruch mit einer neueren Entscheidung des Reichsgerichts, wonach die bloße Aufforderung zum Niederlegen der Arbeit nicht unter § 153 der Gewerbeordnung fällt. Der Verteidiger beantragte deshalb, den Verurteilten für den bedingten Strafaufschub zu empfehlen. Das Amtsgericht kam diesem Antrage auch nach, da der Verurteilte noch unbestraft war und seine Arbeitgeber ihm ein gutes Zeugnis ausstellten. Das preußische Justizministerium hat aber diesen Antrag abgelehnt!

Unteroffizier eine Beleidigung! Der Redakteur an der Chemnitzer Volksstimme und frühere Lithograph Ludwig Bartels sagte zu einem burschen Gerichtsdieners: »Den Unteroffizierston verbitte ich mir!« Dafür wurde Kollege Bartels zu 20 Mk. Geldstrafe verurteilt, denn der Vorwurf des Unteroffizierstons ist eine Beleidigung.

Die Steindruckereibesitzer in Paris entschlossen sich zu einem bemerkenswerten Schritt, um der großen Arbeitslosigkeit der Lithographen entgegenzuwirken. In einer Eingabe an die Direktion der Ecole Etienne drückten sie den Wunsch aus, da die Zahl der Schüler in den Kursen der Merkantils- und der Chromolithographie herabgesetzt werden möge, daß die Zahl der Arbeitslosen eine sehr große sei. Von Gehilfenseite ließ man Plakate anbringen, in denen die Eltern über die Lage im Gewerbe aufgeklärt und gewarnt werden, ihre Söhne in die Ecole Etienne behufs Erlernung dieses Metiers zu schicken, da diese später keine Gewähr haben, Beschäftigung zu finden.

Johann Stanigk, der frühere erste Redakteur und Verleger des »Grundstein«, ist am 13. d. M. an Gehirnschlag gestorben. Er war der Begründer des 1888 in Fortsetzung des »Neuen Bauhandwerkers« erschienenen Blattes. Schon vor einigen Jahren erlitt er einen Schlaganfall, war aber noch bis Ende 1908 in der Redaktion tätig. Der Verstorbene war vor Begründung des Blattes Bevollmächtigter des Maurer- und Steinhauerbundes in Hamburg und vertrat auch die Hamburger Maurer auf verschiedenen Kongressen.

Gewerkschaftsbeiträge für politische Zwecke in England. Es ist bekannt, daß die größte Zahl der Arbeitervereine im Parlament Mitglieder von Gewerkschaften sind und von diesen die notwendigen Zuschüsse erhalten. Die Gewerkschaften legen ihren Mitgliedern zu diesen Zwecken obligatorische Beiträge auf. Hiergegen hatte bekanntlich schon im November ein Mitglied der Eisenbahner-Gewerkschaft Klage erhoben, und der Appellationshof hatte gegen den genannten Verband entschieden. Dieser Tage stand ein zweiter derartiger Fall zur Entscheidung. Es handelte sich um die Klage eines Mitgliedes der Londoner Buchdrucker-Gewerkschaft. Auch diesmal entschied das Gericht zugunsten des Klägers. Nach dem geltenden Gesetze sei die Gewerkschaft nicht befugt, ihre Mitglieder zur Unterstützung einer politischen Partei zu zwingen, und Beiträge hierfür zu erheben. Ueber diesen Fall hat nun noch das Haus der Lords endgültig zu entscheiden. Bestätigt dies die gerichtlichen Entscheide, dann ist die englische Arbeiterschaft vor die Frage gestellt, außerhalb der Gewerkschaften eine politische Parteiorganisation zu gründen. Denn auf eine selbständige politische Tätigkeit kann die englische Arbeiterschaft jetzt nicht mehr verzichten. Viele Fragen, die früher lediglich gewerkschaftliche Ziele waren, wie die Verkürzung der Arbeitszeit, Unterstützung der Arbeitslosen usw. sind heute zu großen bedeutsamen Fragen der politischen Tätigkeit geworden. Nun wird die Bildung einer politischen Organisation in England auf große Schwierigkeiten stoßen, es wird kaum möglich sein, große Massen in einen politischen Parteikörper zu bringen. Deswegen wird die Arbeiterpartei wahrscheinlich versuchen, eine entsprechende Aenderung des Gewerkschaftsgesetzes durchzudrücken, wie es nach dem Taft-Vale-Fall geschehen ist.

Eine nette »Herberge zur Heimat« Mit einer geradezu ungeheuerlichen Leichtfertigkeit

wurden in der »Herberge zur Heimat« in Peine sieben Handwerksburschen dem Erstickungstod überliefert. Die Herberge war an dem Unglücksabend überfüllt. Auf einer Matratze mußten drei Handwerksburschen kampieren, die sich, wie üblich, vollständig nackt zur Ruhe begeben durften und zum Zudecken nur zwei dünne Flaneldecken bekamen. Doch diese Menschen waren noch glücklich gegenüber ihrer Leidensgefährten, die zu sieben Mann als mit Ungeziefer behaftet befunden wurden, was allerdings für denjenigen nichts besagen will, der das Wanderleben selbst mit durchgemacht hat. Diese sieben Unglücklichen wurden nun in einem im Grundbuchamt als Stall eingetragenen Raum hineingepfercht, der gar nicht zum Aufenthalte von Menschen benutzt werden durfte. Der völlig fensterlose Raum läßt sich nach einer Seite zu und mißt in der Tiefe 3,50, in der Breite nur 2,75 und in seiner kurzen Wand auch nur 2,50 Meter, hat also nur 7 1/2—8 Quadratmeter Bodenfläche. In diesen Raum wurden die sieben Handwerksburschen hineingezwängt und sollten auf einer kalten Bretterbühne ohne Strohsack oder dergleichen, ohne eine Hülle zum Zudecken, ihre müden Glieder ruhen. In diese Bude hatte man für die kalte Winternacht einen oben offenen eisernen Kasten gesetzt, in dem sich ein Holzkohlenfeuer befand, das den Raum erwärmen sollte. Die einzige Öffnung des Raumes, die Tür, wurde sofort hinter den Wanderburschen abgeschlossen, so daß ein Entweichen der giftigen Gase und der eingeschlossenen Menschen absolut unmöglich war. Am Morgen fand man nur die eingeschlossenen tot im Raume liegend vor! Allem Anscheine nach haben die Toten einen harten Kampf um ihr Leben ausgefochten; denn einer derselben hat versucht, die Tür mit seinen Fäusten aufzuhämmern. Die ganzen Knöchel an seinen Händen waren blutig geschlagen. Die Tür aber war verschlossen, er konnte nicht hinaus. Eine ganz eigenartige Behandlung wurde den Ersticken noch am Morgen zuteil, als man sie auffand. Um 6 1/2 Uhr wurde der Stall geöffnet. Man holte sofort einen Arzt zur Hilfeleistung, der aber keinen einzigen der Verunglückten anrührte, nur in den Raum hineinsah und erklärte: »Die sind erstickt!« Irrende Wiederbelebungsversuche wurden überhaupt nicht gemacht, obgleich die armen Menschen noch warm waren. An demselben Morgen wurden die Personalien von fünf der Ersticken festgestellt, aber erst am anderen Tage, am Spätnachmittage, wurden die Eltern der Ersticken von dem Tode ihrer Söhne benachrichtigt. Wie hier mit Menschenleben gefrevelt wurde, verdient die schärfste Brandmarkung in der Öffentlichkeit und schwere Bestrafung der Schuldigen.

Gewerkschaftsdemokratie.

Von Eduard Bernstein.

II. (Schluß.)

Ein charakteristisches Gegenstück hat dieser Streit zwischen den Mannheimer Metallarbeitern und dem Vorstand des Metallarbeiterverbands in einem Konflikt, der im vorigen Jahr in der Organisation der englischen Maschinenbauer gespielt hat und damals in England großes Aufsehen machte. Und er ist in der Tat der Beleuchtung wert.

Der Ausgangspunkt dieses Konflikts war der gleiche wie in Mannheim: die Ankündigung einer Lohnherabsetzung. Sie ging im November 1907, vom Unternehmensverband der Schiffs- und Maschinenbauwerke der Nordostküste Englands aus und sollte alle dort beschäftigten Arbeiter treffen. Die Stücklohnsätze sollten um 5 Prozent, die Zeitlöhne, je nach der Lohnhöhe, um 1—2 Shilling pro Woche herabgesetzt werden. Einige der beteiligten Gewerkschaften, die mit den Unternehmern Schlichtungsverträge haben, erlangten im Einigungsverfahren die Ermäßigung der Lohnherabsetzungen auf die Hälfte, und unmittelbar darauf einigten sich auch die meisten übrigen Gewerkschaften, deren Mitglieder in Betracht kamen, auf diese Bedingungen, denen noch die bindende Zusicherung angefügt ward, daß innerhalb 6 Monate nach Inkrafttreten der Reduktion keine weiteren Reduktionen stattfinden, und etwaige spätere Lohnherabsetzungen 2 Monate vor Inkrafttreten angekündigt werden sollten. Nur drei Gewerkschaften, der große Verband der Maschinenbauer und zwei sehr viel kleinere, aber ältere Organisationen von Maschinenbauern, der Gewerkverein der Dampfmaschinenbauer und der Verein der Maschinenbauarbeiter, lehnten die Bedingungen ab, nachdem die Urabstimmung unter ihren Mitgliedern im Distrikt 6140 Stimmen für Verwerfung und nur 1307 Stimmen für Annahme ergeben hatte. Am 20. Februar 1908 traten ihre Mitglieder aus, in kurzer Zeit stieg die Zahl der Ausständigen auf 7000, und noch einige Tausend Arbeiter wurden durch den Ausstand ohne oder wider den eigenen Willen arbeitslos. Da er noch weitere Arbeiterkategorien in Mitleidenschaft zu ziehen drohte, griff der Minister für Handel und Gewerbe, Lloyd George, ein, neue Verhandlungen fanden statt, und die Gewerkschaftsvertreter erwirkten von den Unternehmern das Zugeständnis, daß bis Ostern 1908 die alten Löhne fortbehalten werden sollten, während die Frage, ob von da ab die verkündete Lohnherabsetzung um 1 Shilling pro Woche resp. 2 1/2 Prozent der Akkordsätze gerechtfertigt sei, einem zu wählenden Unparteiischen

unterbreitet werden sollte, dem jede der beiden Parteien die für ihre Auffassung sprechenden Gründe frei darzulegen hätte.

Die Gewerkschaftsvertreter empfahlen ihren Mitgliedern die Annahme dieses Kompromißvorschlages. Aber nur bei den Dampfmaschinenbauern fand er eine Mehrheit. Die Maschinenbauarbeiter verwarfen ihn mit 382 gegen 348, die abstimmenden Mitglieder des Maschinenbauerverbandes mit 5483 gegen 2699 Stimmen. Niemand hatte das erwartet, und da es schien, daß der Sinn des Kompromißvorschlages mißverstanden worden sei, erwirkte Lloyd George im Einverständnis mit den Gewerkschaftsführern von den Unternehmern die Verlängerung der Frist zum Zweck einer erneuten Abstimmung. Auf neu empfangen die Führer den Mitgliedern die Annahme des Kompromisses. George Barnes, der bewährte Generalsekretär des Verbands der Maschinenbauer, bereiste den Distrikt und legte den Mitgliedern an den Hauptorten eindringlich die Gründe dar, die für die Annahme sprachen. Aber von *guten Freunden* wurden die Arbeiter unter Verdächtigung ihrer Führer aufgestachelt nicht nachzugeben, ein Flugblatt ward verbreitet, daß sie zum äußersten Widerstand aufrief, und das Resultat war, das von den Mitgliedern des Verbands der Maschinenbauer mit 4356 gegen 3693 Stimmen wiederum der Kompromiß abgelehnt wurde. Der Minister gab nun bis auf weiteres die Vermittlung als aussichtslos auf, und der Streik spielte weiter.

Aber noch ein anderes geschah. George Barnes trat von seinem Posten als Generalsekretär des Maschinenbauerverbands zurück. Niemand hatte ihn dazu aufgefordert, niemand es erwartet. Der Posten ist einer der besten in der ganzen englischen Gewerkschaftswelt. Ein Jahresgehalt von 6000 Mk. nach deutschem Geld und eine schöne Amtswohnung im Zentralgebäude der Gewerkschaft sind dem Sekretär ausgesetzt, abgesehen von dem hohen moralischen Ansehen, daß das Amt verleiht. Aus einer solchen Stellung zu scheiden, nachdem man sie seit 11 Jahren innegehabt, ist keine Kleinigkeit, und auch Barnes ist der Schritt nicht leicht geworden. Aber er hielt es für unumgänglich notwendig, den Arbeitern einmal eindrucksvoll klar zu machen, was es bedeutet, unter solchen Umständen den Rat selbstgewählter Führer mit Füßen zu treten. Und als von allen Seiten Briefe einliefen, in denen er bestürmt wurde, sich zur Wiederwahl bereit zu erklären, wies er das Ansuchen charaktervoll mit der Bemerkung zurück, daß dies den Sinn seines Schrittes selbst annullieren hieß. Welches aber dieser Sinn ist, das hat er in seiner Erklärung an den Gesamtverband bekannt gegeben, die als ein bedeutsames Dokument in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung betrachtet zu werden verdient. Nach Aufzählung der im Vorhergehenden geschilderten Vorgänge heißt es dort:

»Zunächst erlaube ich mir die Meinung auszudrücken, daß die Arbeiter der Nordostküste bei ihrer Abstimmung nicht so sehr die Natur der ihnen unterbreiteten Vorschläge als Nebenfragen im Auge hatten, die in die Diskussion hineingetragen worden waren. Sie wurden von der Idee beherrscht, daß sie ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen müßten, um die ihnen oft vordeklamierte törichte Redensart zu wiederholen. Ihr Urteil war durch Behauptungen beeinflußt, daß ich aus irgend welchen nicht näher angegebenen Gründen verleitet worden sei mich auf die Seite der Unternehmer zu stellen, und so stimmten sie hauptsächlich in einer Laune von Groll, den man unter ihnen gerichtet hatte. Tatsächlich war ihr Vertreter hinzugezogen worden und von Anfang bis zu Ende bei allen Verhandlungen am Platze. Eine größere Vertretung der Käste war gleich zu Anfang unpraktisch befunden worden, die Gründe dafür sind damals auseinandergesetzt worden, außerdem wurde, sobald sich die erste Gelegenheit bot, allen Komitees Bericht gegeben. Ferner wurden so früh als nur möglich die Vertrauensmänner der Arbeiter eingeladen und ihnen Aufklärung über alles gegeben. Kurz, alles ist offen und soweit als möglich unter Mitwirkung von Ortsvertretern geschehen. Trotzdem wurden die Vorgänge den Mitgliedern im Distrikt in einer Atmosphäre von Mißtrauen und Verdächtigungen dargestellt, mit dem Resultat, daß örtliches Vorurteil die Entschuldigung dafür abgeben soll, daß die Mitgliedschaft der Nordostküste zu ihrem eigenen Schaden in eure Taschen greift. Das ist ein so absolut verkehrter Zustand der Dinge, daß ich es ablehne dabei mitzutun. Die Gesamtmitgliedschaft zahlt, und die Gesamtmitgliedschaft soll daher, meine ich, auch die Tonart bestimmen. Jedenfalls bin ich von der Gesamtheit der Mitglieder gewählt worden: ich halte mich ihr gegenüber für verantwortlich und lehne es ab, dabei mitzumachen, wenn ein Teil des Verbands mehr ins Gewicht fallen soll als der Gesamtverband. Für mich steht es fest, daß, wenn auf Gewerkschaftsbeamte ohne jeden triftigen Grund oder Anlaß geprüffelt wird — und dies gilt für Ortsbeamte ebenso wie für Zentralinstanzen —, die Wirkungskraft der Gewerkschaften als Sachwalter der Arbeiterinteressen geschwächt und das kollektive Unterhandeln untergraben wird. Fern sei es von mir, Kritik zurückzuweisen, ich habe sie stets ermutigt, aber sie soll ehrlich und gerecht sein. Mögen die Mitglieder, wenn sie wollen, jemand nicht wiederwählen, aber wenn die Wahl erfolgt ist, dann müssen die Beamten, meine ich, auch gemäß ihrer Stellung behandelt werden. Sonst dürften die Unter-

nehmer und andere mit Recht es ablehnen, mit ihnen zu verhandeln oder sie als Vertreter anzuerkennen. Außerdem müssen die Mitglieder sich ernstlich die Frage vorlegen, ob es einem Teil des Verbands gestattet sein darf, ohne Zügel und gegen die Wünsche und den Rat der Vertreter des Gesamtvereins nach Belieben Riesensummen aus der Kasse des Verbands zu ziehen. Was mich betrifft, so bin ich der Ansicht, daß Stein und Bein hätten in Bewegung gesetzt werden müssen, der Empfehlung (der Zentralleitung des Verbands) Wirkungskraft zu geben. Ich nehme natürlich an, daß die Empfehlung durch die Lage der Dinge gerechtfertigt war, und der seitherige Verlauf und andere Umstände bestärkten mich darin. Ich sollte vielleicht noch sagen — wie ich es die ganze Zeit über jedem erklärt habe —, daß die Arbeiter der Nordostküste reichlichen Grund zur Beschwerde gegen die Unternehmer haben. Sie haben nicht in gebührender Weise an den letzten Prosperität Anteil gehabt; man hat sie, als die Geschäfte gut gingen, bewegt still zu halten, und man hat sie durch Angaben dazu bewegt, die sich jetzt deutlich als unrichtig herausstellen. Aber alles das würde (vor dem Unparteiischen) für sie geltend gemacht werden sein, und tatsächlich war schon das Nötige dazu vorbereitet, es geltend zu machen. Das Schiedsverfahren bot die Möglichkeit, den Tatsachen des Konflikts auf den Grund zu gehen. Sie (die Arbeiter) haben diesen Weg der Beilegung verworfen und beschlossen, es auf eine Kraftprobe ankommen zu lassen. Das heißt, sie haben beschlossen, ohne eure Sanktion eure Kraft einzusetzen und nach meiner Meinung zu verpulvern.

So weit Barnes. Der Satz, in dem er davon spricht, daß nach seiner Ansicht Stein und Bein hätten in Bewegung gesetzt werden müssen, um den Empfehlungen des Verbandsvorstands Wirksamkeit zu geben, spielt auf einen Gegensatz an, der sich zu letzt zwischen ihm und seinen Kollegen im Vorstand des Maschinenbauvorstands einstellte. In der Beurteilung der Sachlage selbst einig, war man darüber in Streit geraten, ob es nun bei der Situation, die durch die Abstimmung der Mitgliedschaft der Nordostküste geschaffen war, verbleiben solle oder nicht. Barnes vertrat die Ansicht, daß unverzüglich an den Gesamtverein appelliert und die Abstimmung der Mitglieder über die Beseitigung einer Bestimmung im Verbandsstatut eingeholt werden müsse, deren Wortlaut es dem Vorstand direkt verbietet, nach erfolgter Urabstimmung eines Distrikts über einen irgendwo spielenden Lohn- usw. Konflikt sich noch dort einzumischen. Die anderen Vorstandsmitglieder bedauerten zwar gleichfalls, daß dieser Passus ihnen die Hände lähmte, hielten aber die verlangte Urabstimmung für inopportun, und so beschloß Barnes seinen Posten zu opfern, um dem Verband die Unhaltbarkeit des jetzigen Zustandes — die ins Extrem geriebene Formaldemokratie — greifbar vor Augen zu führen.

Hätten aber er und seine Kollegen oder die beteiligten Arbeiter in der Sache das Richtige getroffen? Der Ausgang des Kampfes gibt die Antwort darauf. Nachdem die Maschinenbauer ziemlich 6 Monate resultatlos gestreikt hatten, autorisierten sie in der zweiten Hälfte des August 1908 den Verbandsvorstand resp. die drei Verbandsvorstände, von neuem mit den Unternehmern in Verhandlung zu treten, und Mitte September akzeptierten sie dann, mit 6409 gegen 3739 Stimmen, das Ergebnis dieser Verhandlungen, das ihnen auch nicht die Spur mehr brachte als ihnen durch den ersten Kompromiß zugesichert worden war. Im Gegenteil! Damals sollten ihnen zunächst die alten Löhne fortbezahlt und die Frage, ob überhaupt eine Reduktion gerechtfertigt sei, von einem Unparteiischen geprüft werden; jetzt wurde abgemacht und von ihnen akzeptiert, daß sofort zum reduzierten Satz gearbeitet werde. Um der Sache ein besseres Gesicht zu geben, folgt der Zusatz, daß eine von beiden Parteien beschickte Konferenz die Mittel beraten solle, in Zukunft durch ein besseres System der Verhandlungen in der Lohnfrage Arbeitsunterbrechungen zu vermeiden. Mit dieser Veröstung, die nichts sagt, was nicht schon längst zu haben war, ist die Arbeit nach 7 Monaten Ausstand am 24. September wieder aufgenommen worden. Die Kosten des absolut zuwackelnden Streiks für die Organisationen belaufen sich auf über 2 Millionen Mark. Über 2 Millionen Mark um ein nichts verpulvert. Stünde der Fall einzig da, so könnte man ihn mit der Redensart abtun, die Ausnahme beständige Regel. Aber er hat sich in den letzten Jahren häufig oft wiederholt, und fast immer mit dem gleichen Ergebnis: Der in der Erregung beschlossene Kampf brachte weniger als die verworfenen Verhandlungen. Wenn die Arbeiter den besser als je gerüsteten Unternehmern im Kampf gewachsen sein sollten, dann muß in ihren Organisationen die Demokratie so beschaffen sein, daß das Gefühl als motorische Kraft sein Recht behält, ohne daß dem überlegenden Verstand das Steuer aus der Hand gerissen wird.

Das Prinzip der Demokratie verlangt nicht, daß in allen Fällen die Masse entscheidet, es verlangt nur, daß die Masse die Verteilung der Vollmachten bestimmt.

Brauchen wir einen Ausschuß für Sozialpolitik?

Diese Frage wird vom Genossen Paul Lange (Hamburg) in No. 18 der »Neuen Zeit« einer eingehenden Würdigung unterzogen. Genosse Lange bejaht die Frage aus drei Gründen. Erstens soll der Ausschuß die Leitung planmäßiger Agitation für die sozialpolitischen Forderungen der Arbeiterschaft in die Hand nehmen; zweitens soll der Ausschuß das Material aus praktischen Erfahrungen sammeln, sichten und nutzbringend verwerten; drittens soll der Ausschuß zur Verständigung zwischen Partei und Gewerkschaften in sozialpolitischen Dingen beitragen. Er soll nicht Reichstagsfraktion, Parteivorstand und Generalkommission ersetzen, sondern ihnen als Hilfsmittel zur Seite stehen.

Den Ausführungen des Genossen Lange kann ich mich aus voller Ueberzeugung anschließen. Ein ähnlicher Gedanke wurde schon vor Jahren von mir zur Diskussion gestellt (Magdeburger Volksstimme), zu einer Zeit, als es ziemliche Meinungsverschiedenheiten zwischen Partei und Gewerkschaften gab. Was ich wünschte, war ein Aktionsausschuß, gebildet aus Vertretern beider Korporationen. Diesem Aktionsausschuß sollten in der Hauptsache die gleichen Aufgaben unterstehen, wie sie Genosse Lange nun vorschlägt. Mein damaliger Vorschlag verhalte ungehört und unbeachtet. Ich konnte aber aus diesem Umstande nicht die Ueberzeugung der Nichtnotwendigkeit eines solchen Ausschusses gewinnen. Nun darf nicht angenommen werden, daß ich etwa glaube, mit dem Bestehen eines solchen Ausschusses würden alle Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Trägern der Arbeiterbewegung mit einem Schlage aus der Welt geschafft. Nein, Meinungsverschiedenheiten über die beste Form der Agitation, über die Fragen der augenblicklichen Taktik usw. wird es allerdings immer geben. Und das ist gut so! Andernfalls würden wir nicht vorwärts marschieren, sondern stehen bleiben.

Ein Ausschuß für Sozialpolitik würde aber zweifellos zur Belebung der Agitation beitragen, würde aber auch eine bestimmte Garantie dafür bieten, daß nicht in einer Frage ganz entgegengesetzte Meinungen von den zwei Gruppen der Arbeiterbewegung vertreten werden könnten. Es sei an die ersten Beratungen über den »Arbeitskammer-Gesetzeswurf« erinnert. In dieser Frage hat der Gewerkschaftskongreß zu Köln bekanntlich eine ganz andere Stellung eingenommen, als sie vordem von der Reichstagsfraktion vertreten wurde. Wenn das auch nicht gerade gefährlich war, so war es doch nicht nötig, in der Öffentlichkeit derartige Rollen zu spielen. Jedenfalls fehlte es an der notwendigen vorherigen Verständigung. Parteivorstand und Generalkommission arbeiten ja seit längerer Zeit in aktuellen Fragen zusammen, sodaß derartige Zufälligkeiten wohl in der Zukunft vermieden werden. Genau so wie es der übergroße Teil der organisierten Arbeiterschaft will, so muß es auch bei allen wichtigen, beide Zweige berührenden Fragen in der Leitung sein. »Gewerkschaften und Partei sind eins.« Die verschiedenen Auffassungen über Taktik und Agitation sollten nicht gelegentlich großer Kongresse zum Ausgangspunkte langer Debatten gemacht werden, sondern über derartige Fragen sollte stets eine Verständigung gesucht werden, die dann auch gefunden werden dürfte. Sind wir doch alle besetzt von den großen Aufgaben, die wir zu lösen haben; arbeiten wir doch gemeinsam für die möglichst baldige Erreichung unserer Endziele, wie auch an der Gegenwartsarbeit. Daher verständigen wir uns auch stets gemeinsam über den besten und sichersten Weg, den wir zu beschreiten haben. Der »Ausschuß«, wie er von mir gedacht wird, soll also noch weitere Aufgaben haben als die sozialpolitischen Fragen, er soll alle gemeinsamen Interessen pflegen.

Daß nun gerade auf dem Gebiete der Agitation mehr getan werden könnte, daß einheitlicheres und planmäßigeres Arbeiten erforderlich ist, darin ist dem Genossen Lange voll beizustimmen. Die Agitation zum »Reichs-Vereinsgesetz« setzte viel zu spät ein, in den meisten Fällen gelang es nicht mehr, wirklich imposante Protestversammlungen einzuleiten. Zur »Gewerbeordnungsnovelle« haben wir erst kürzlich den Anfang einer umfassenden Agitation gehabt, diese lief aber zusammen mit der Protestbewegung gegen die neuesten Schandtatzen des preußischen Abgeordnetenhauses. Die »Reform der Arbeitsversicherung« wird wohl in der Presse und auch in einzelnen Versammlungen behandelt, es fehlt aber an einer großzügigen Agitation gegen das neue Flick- und Pfluswerk. Da soll immer gewartet werden, bis das Monstrum von Gesetzesvorlage erschienen ist und bis der Wind von oben kommt. Inzwischen haben die Groß-Industriellen (Zentral-Verband) eine mächtige Agitation entfaltet, und sie haben Erfolg damit gehabt. Damals, im Oktober letzten Jahres, als die Konferenz der Krankenkassenvertreter im Reichsamte des Innern stattfand, mußte im direkten Anschluß an diese Konferenz eine wichtige Bewegung zur Erhaltung des Selbstverwaltungsrechtes in den Krankenkassen einsetzen. Die Erfolge der erwähnten Konferenz würden damit mächtig unterstützt worden sein. Die breiten Massen mußten aufgerufen werden, damit die Regierung sah, daß es den Versicherten heiliger Ernst ist mit der Wahrung des Selbstverwaltungsrechtes.

Nichts geschah von uns! Aber die Großindustriellen vereinigen sich zu einer neuen Konferenz und der Erfolg dieser Konferenz war nun, daß Bethmann-Hollweg im Reichstage die Beseitigung des Selbstverwaltungsrechtes als Hauptpunkt der neuen Gesetzesvorlage bezeichnen konnte. So haben die Industriellen mit gleichem Eifer gegen das »Arbeitskammergesetz« und auch gegen die »Gewerbeordnungsnovelle« gearbeitet. Und diese Arbeit war planmäßig. Wir aber bleiben bescheiden im Hintergrunde und warten der Dinge, die da kommen sollen! Von bürgerlicher Seite wird überhaupt mehr in Agitation geleistet, als wie von unserer Seite geschieht.

Und es fehlt doch wahrlich nicht an Stoff zu Agitation. Die schwebenden großen Fragen müßten eben agitatorisch, weit besser als es geschieht, ausgenützt werden. Ich erinnere nur daran, wie gerade in den Zeiten der schweren wirtschaftlichen Krise die Fragen der Arbeitszeitverkürzung, des Schutzes des Koalitionsrechtes und dessen Ausdehnung auf alle Beschäftigten, der staatlichen Arbeitslosenversicherung usw. agitatorisch ausgenützt werden könnten. Gewiß ist manches in dieser Beziehung geschehen, es fehlte aber der Stempel der großzügig und einmütig angelegten Agitation. Reichstagsfraktion, Parteivorstand und Generalkommission sind ja alle mit Arbeit überlastet, also schaffe man einen Ausschuß, der die planmäßige und frühzeitige Agitation durch Versammlungen, Flugblätter und die Presse in allen Fragen der Sozialpolitik einzuleiten hat.

Selbstverständlich soll dieser Ausschuß auch all' das wertvolle Material sammeln, das in Partei- und Gewerkschaftspresse, in den Berichten der Arbeitersekretariate usw. enthalten ist und er soll dieses Material sichten, verarbeiten und der Gesamtheit nutzbar machen. Die Unterstützung der Presse wird eine Hauptaufgabe des Ausschusses sein, wobei ich bemerken will, daß sich die meisten Arbeitersekretäre die Zeit abstehlen müssen, wenn sie mal einen Artikel in sozialpolitischen Fragen bearbeiten wollen.

Die Arbeit eines solchen Ausschusses kann äußerst belebend auf die ganze Arbeiterbewegung einwirken; ein derartiger Ausschuß wird aber durch seine Arbeiten auch wesentlich dazu beitragen, daß die Gesetzgebungsmaschinerie in sozialen Dingen mächtig »vorwärts« und nicht »rückwärts« geschoben wird. Vor allen Dingen wird der »Ausschuß« die Tätigkeit der Oegner in ihrer Untermienerarbeit sehr genau verfolgen und dann sofort mit den geeigneten Gegenmaßnahmen antworten können. — Wird der Ausschuß dann noch zu einer Zentralstelle, aus der alle Fäden unserer sozialpolitischen Tätigkeit ein und ausgehen, dann müßte es mit dem Teufel zugehen, wenn die Arbeiterschaft nicht bald wieder Meister würde über alle die, welche aus Egoismus und Feindschaft gegen die Arbeiter sozialpolitischen Rückschritt ansieht sozialpolitischen Fortschritt wollen. Der staatlichen und kommunalen Sozialpolitik müssen wir weit mehr Interesse entgegenbringen als bisher, denn es gilt für die Arbeiterschaft herauszuholen, was herauszuholen ist. Darum werden wir nicht unsern Klassenstandpunkt vergessen oder vernachlässigen.

Krankenversicherung, Unfall- und Invalidenversicherung, Versicherung der Privatangestellten, Witwen- und Waisenversicherung, Arbeitslosenversicherung, Arbeiterschutz usw. — alle diese Fragen bieten reichhaltigsten Agitationsstoff. Und die Massen verstehen es, wenn wir Ausdehnung, Verbesserung und Zusammenlegung der bestehenden Gesetze verlangen; sie verstehen es, wenn wir von dem Staate verlangen, daß er weit mehr in sozialer Fürsorge leisten solle, als bisher geschehen ist. Die Massen verstehen es, daß wir solche Leistungen vom Staate nicht als Geschenk erwarten, sondern als seine Pflicht von ihm verlangen. Wir haben also die Pflicht, solche Fragen und Gedankens in die Massen zu tragen.

Und nur durch die Wucht des Vorwärtsdrängens der Masse der Arbeiterschaft werden wir den sozialpolitischen Karren auf eine aufwärtssteigende Bahn drängen. Sieht aber die Masse der Arbeiterschaft ein, daß der heutige Staat immer nur Palliativmaßnahmen gegen das Massenelend zur Anwendung bringen kann, dann wird dieses Einsehen zur politischen Aufklärung der Massen im sozialdemokratischen Sinne gewaltig beitragen. Uns bleibt also in jedem Falle der Vorteil:

Möge also bald ein Ausschuß für Sozialpolitik entstehen, der in Agitations- und Aufklärungsarbeit planmäßig und zielbewußt arbeitet.

Generalkommission und Parteivorstand werden hoffentlich die angeregte Frage prüfen und — verwirklichen.
Karl Mößinger.



Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Sao Paulo (Brasilien).

In Nummer 34, 1908 der »Graph. Presse« veröffentlichten wir einen »Brief aus Sao Paulo (Brasilien)«, der vom dortigen »Snefelder-verein« an unseren Hauptvorstand mit dem Er-

suchen gerichtet war, den Abdruck in der »Graph. Presse« veranlassen zu wollen.

In Nummer 96 des »Allgem. Anzeigers für Druckereien« vom 1. Dezember 1908 wurde daraufhin ein Bericht der Firma Hartmann & Reichenbach in Sao Paulo veröffentlicht, der die in unserem »Brief aus Sao Paulo« enthaltenen Behauptungen über die dortigen Lohn- und Lebensverhältnisse bestreitet und u. a. feststellt, daß bei einem geregelten Lebenswandel jeder, ohne sich Entbehrungen auferlegen zu müssen, bei einem Gehalt von 300 Milreis (der Milreis gleich 1,25 Mk.) 100 Mk. im Monat beiseite legen könne. Volle Pension werde schon für 60 bis 70, ein möbliertes Zimmer für 20 bis 35 Milreis angeboten.

Dieser Bericht ist Veranlassung zu einem weiteren Briefe eines dortigen Kollegen an den Vorsitzenden der Mitgliedschaft Rotterdam der holländischen Organisation gewesen, der Auskunft über die Verhältnisse in Sao Paulo erbeten hatte und diese Auskunft mit dem Ersuchen erhielt, den Brief nach dem Studium an uns zur eventuellen Veröffentlichung weiter zu senden. Das hat der holländische Kollege auch getan.

In diesem Briefe wird zunächst darauf hingewiesen, daß der Artikel im »Allg. Anz.« von einem Prinzipal, Herrn Hartmann, geschrieben sei, der natürlich das größte Interesse daran habe, die brasilianischen Verhältnisse möglichst rosig zu schildern, trotzdem gerade er der Urheber der beruflichen Mißstände sei. Ihm wäre es eine Freude, die Kollegen auf denselben Standpunkt wie Buchdrucker, Tischler und Schneider herabzudrücken. Ferner wird berichtet, daß jede Stunde, die man im Geschäft (auch wegen Krankheit) fehlt, abgezogen werde. Am 23. Dezember seien vier Kollegen, die ein paar Sekunden zu spät kamen, bis zum 2. Januar ausgesperrt worden. Schon daraus gehe hervor, daß die Schilderungen des oben erwähnten Artikels vor der Wahrheit nicht Stand halten. Er sei nur geschrieben worden, um möglichst viel Arbeitskräfte ins Land zu locken, die dann den Prinzipalen noch mehr als bisher auf Gnade und Ungnade preisgegeben seien. Schon jetzt getrauten sich die Kollegen nichts gegen die Unternehmer zu tun, da jeder, der es wagen würde, herausfliegen würde. Der Schreiber dieses und des vorigen Briefes aus Sao Paulo sei der lebende Beweis dafür: Er wurde am 31. Dezember aus einem nichtigen Grunde entlassen. Die Einigkeit unter den Kollegen lasse leider viel zu wünschen übrig. Die Prinzipale hätten daher leichtes Spiel. Sie nutzen die Sachlage aus und suchten sie durch persönliche Bevorzugungen einzelner Gehilfen noch weiter zu ihrem Vorteil zu gestalten. Die Folge davon sei, daß sich die Unternehmer gegen die Kollegen alles erlauben können. Im übrigen wurde alles im ersten Briefe Gesagte aufrecht erhalten.

Das ist alles ganz gut und schön, nur reimt sich damit schlecht die Resolution, die in einer dortigen Versammlung angenommen und Herrn Hartmann vom Vorstand des Senefeldervereins mit der ehrenwörtlichen Erklärung übergeben wurde, daß der Artikel in dem deutschen Fachblatt — d. h. also unserer »Graph. Presse« — in entstellter Form zum Abdruck gelangt sei. Diese Resolution wird in dem Artikel des Herrn Hartmann im »Allg. Anz.« mit veröffentlicht und lautet wie folgt:

Herrn Hartmann & Reichenbach, Lith. Kunst-Anstalt, Sao Paulo! Anlässlich der heutigen Geschäftsversammlung Ihrer werten Firma erklären sich die anwesenden Kollegen einstimmig mit folgender Resolution einverstanden: Die Kollegen sprechen der Firma Hartmann & Reichenbach ihr aufrichtiges Bedauern darüber aus, daß durch Änderungen von Seiten der Redaktion der »Graphischen Presse«, der Sinn des eingesandten Artikels derartig verändert wurde, daß derselbe, sich gegen den Wunsch der Kollegen, zu einem persönlichen Angriff auf die Firma entwickelt hat.

Die Kollegen beschließen deshalb, zwecks einer diesbezüglichen öffentlichen Berichtigung, an die Preßkommission des Senefelder-Bundes zu appellieren.

Gleichzeitig schließen die Kollegen die Versicherung an, daß sie sich die Erledigung der Angelegenheit zur beiderseitigen Zufriedenheit sehr an-

gelegen sein lassen werden und hoffen, daß ihnen von Seiten der Firma mit gleichem Wunsche entgegengekommen wird und die Firma gleichzeitig Gelegenheit nehmen wird, ihre wirklich humane Gesinnung zu beweisen, ein Verhältnis zu schaffen, welches das gute Einvernehmen zwischen der Firma und ihren Angestellten zu fördern geeignet ist.

Im Namen der Kollegen der Firma: Der Vorstand des Senefelder-Vereins zu Sao Paulo, gez. i. V. Richard Ilgen. Außerdem 3 Vorstandsmitglieder.

Wir stellen dieser Resolution gegenüber fest: 1. daß unser Artikel, abgesehen von unwesentlichen stilistischen Änderungen, sinngemäß durchaus mit dem Originalbrief übereinstimmt, was uns durch den Hauptvorstand, in dessen Archiv sich das Schreiben befindet, vollinhaltlich bestätigt wird; 2. daß eine Beschwerde bis heute noch nicht bei unserer Preßkommission einging; 3. daß sich die Kollegen durch das vorhin skizzierte zweite Schreiben, durch das sie den Inhalt des ersten vollauf bestätigen, selbst Lügen strafen; 4. daß der Verfasser des 1. und 2. Briefes an uns mit dem Hauptunterzeichner der Resolution, dem jetzt entlassenen Richard Ilgen, identisch ist. Nach diesen Feststellungen werden sich unsere Kollegen selbst ein klares Bild von dem Sachverhalt machen können und die unerhörten Unterstellungen uns gegenüber richtig zu würdigen vermögen.

Wir selbst nehmen zur Entschuldigung der Brief- und Resolutionsverfasser an, daß die Resolution nicht erbärmlicher Feigheit, sondern schwerer Gedächtnisschwäche entspringt, die die Verfasser beim Schreiben der Resolution daran hinderte, sich auf das zu besinnen, was sie im ersten Briefe geschrieben hatten. Vielleicht ließen sie es sich auch nicht träumen, daß die Resolution durch die Firma veröffentlicht werden würde. In Deutschland würde ein derartiges Vorkommnis allerdings ein Grund zum Ausschluß aus dem Verbands sein!

Brief aus Kattowitz O.-S.

In dem zur Zahlstelle Kattowitz gehörigen Städtchen Pleß, an der österreichischen Grenze, besteht ein Kunsttempel unter der Firma: A. Krummer, Buch- und Stein-druckerei. Hier herrschen noch wahrhaft idyllische Zustände. Die Arbeitszeit beträgt für Lithographen sowohl als auch für Stein- und Buchdrucker täglich 10 1/2 Stunden. Im entgegengesetzten Verhältnis zur Ausdehnung der Arbeitszeit stehen die gezahlten Löhne. Wenn es auch schon durch die aufklärende Arbeit des Verbandes gelungen ist, die früheren horrenden Wochenlöhne von 18—20 Mk. zum Verschwinden zu bringen, so muß man doch noch die jetzigen Wochenlöhne von 24—26 Mk. als miserabel bezeichnen, wenn man bedenkt, daß dieser Lohnsatz anderwärts bei 8stündiger Arbeitszeit als Minimum angesehen wird. Daß die Arbeitsräume diesen Verhältnissen entsprechend »ausgestattet« sind, braucht wohl nicht erst besonders hervorgehoben zu werden.

Nun sind endlich die Lithographen und Stein-drucker gemeinsam mit den Buchdruckern um eine Verkürzung der Arbeitszeit um 1/2 Stunde vorstellig geworden. Allein die Firma (Inhaber Bartels) glaubt wahrscheinlich diesen doch gewiß bescheidenen Wunsch der Kollegen ignorieren zu können, da sie bis jetzt noch keinen Bescheid gab. Da die Kollegen gewillt sind, von ihrer Forderung nicht abzugehen, so scheint es zu ernsthafteren Differenzen kommen zu sollen. Wir machen deshalb schon jetzt alle Kollegen hierauf aufmerksam und ersuchen, keine Engagements nach Pleß anzunehmen. Da der Firmeninhaber in Rybnik eine Buchdruckfiliale besitzt, ist es ein beliebter Trieb von ihm, unter der Firma Bartels in Rybnik Angebote einzufordern. Wir machen also auch hierauf aufmerksam.

Gleichzeitig müssen wir auch einmal einer anderen Anstalt ein paar Zeilen widmen, und zwar der Firma: Jermulowitz & Bergmann in Sosnowice, Russisch-Polen. Beiläufig bemerkt liegt Sosnowice nur wenige Kilometer von Kattowitz entfernt, und viele in Sosnowice Arbeitende wohnen hier in Kattowitz, um täglich nach dort hinüber zu fahren. Bei genannter Firma ist ein ständiger Wechsel im Arbeitspersonal. Es werden Kollegen angestellt selbst dann, wenn dazu gar kein Bedarf vorliegt. Wenn eine Stelle zu besetzen ist, werden mitunter 3—4 Kollegen auf einmal eingestellt. Wenn die Firma dann nach kurzer Zeit herausgefunden hat, was für ihre Zwecke das Beste und Billigste ist, werden die Uebrigen ohne Weiteres entlassen. Um ihren Zweck zu erreichen, scheut sich die Firma auch garnicht, mitunter recht bedeutende Wochenlöhne zu zahlen. Aber wie gesagt, die Herrlichkeit nimmt nur zu schnell ein plötzliches Ende. Da die Firma durch diese Manipulationen bei den deutschen Kollegen immerhin schon etwas bekannt geworden ist, so greift sie denn zu dem Mittel der Deckadresse.

Und zwar wählt sie dazu die Adressen: De la garde in Kattowitz, und Kurt Schneider in Kattowitz. Dies den Kollegen zur besonderen Beachtung. Diejenigen, die trotzdem einen Versuch machen wollen, seien darauf aufmerksam gemacht, daß im Geschäft polnisch gesprochen wird und daß 30 Mk. das Mindeste ist, was sie als Wochenlohn fordern müssen. Da die Behandlung ebenfalls »russisch« ist, muß man vor allen Dingen auch »Haare auf den Zähnen« haben, um nicht den Kürzeren zu ziehen. Auch ist nicht zu vergessen, daß Sosnowice nach deutschen Begriffen ein ungeheuer schmutziges, elendes »Kaff« ist trotz seiner Einwohnerzahl, und daß man während seines Dortseins auf geistige Anregung und anständiges Vergnügen verzichten muß. ra.

Ortsberichte.

Bonn. Am 6. Februar fand unsere Mitglieder-versammlung statt, in der der Vorsitzende den Jahresbericht gab. Die Mitgliederzahl ist von 27 am 1. Januar 1908 auf 43 am 1. Januar 1909 gestiegen. Jetzt haben wir durch den Uebertritt der Formstecher-Kollegen über 50 Mitglieder. Nach dem Kassenbericht erklärte ein Kollege von den Formstechern aus Bielefeld den Versammelten eingehend die Formstecherei. Der Vortragende halte das Handwerkzeug, fertige Formen sowie eine fertig gestochene Walze, einzelne Messingfiguren zum Einsetzen in die Holzwalzen und Muster der verschiedenartigsten Tapeten den Kollegen zur Ansicht mitgebracht. Er schilderte die Entstehung der Formstecherei und wie sie zuerst zum Bedrucken von Seide und anderen Stoffen verwendet worden ist; erst später ist man Druck von Papier und Linoleum übergegangen. Nach der Erfindung des Rollenpapiers für Rotationsdruck kamen die Holzwalzen mit den darauf eingesetzten Messingfiguren zum Druck von Tapeten zur Verwendung. Die Uebertragung der Zeichnung auf die Walze geschieht mittels präparierten Papiers, worin die Figuren eingeritzt und mit Farbe eingeschwärzt sind, ähnlich wie bei den Gelatinepausen der Lithographen. In neuerer Zeit hat man Tapeten in Steindruck hergestellt, aber nicht das gewünschte Resultat erzielt. Die Herstellung von Tapeten auf photographischem Wege wird vorläufig noch geheim gehalten. Die Anwesenden folgten den Ausführungen mit großem Interesse und dem Referenten wurde der Dank der Versammlung zuteil. Um die Kollegen unserer Mitgliedschaft mit den einzelnen Berufen bekannt zu machen, wurden in zwei vorhergehenden Versammlungen über Lichtdruck und Tapetendruck gesprochen.

Heilbronn. Am 13. Februar fand die Generalversammlung unserer Zahlstelle statt. Aus dem Jahresbericht des Vorsitzenden ging hervor, daß 12 Monats- (darunter zwei Generalversammlungen), 14 Ausschuß- und 2 Werkstabenversammlungen stattfanden. Der Mitgliederbestand beträgt gegenwärtig 64. Vorträge wurden gehalten über folgende Themata: »Gewerbeordnung«, »Krankenkassen-novelle«, »Die Zeitung im Arbeiterhaushalt«, »Die graphischen Berufe vom hygienischen Standpunkt«, »Bildende Kunst und moderne Graphik«, »Das Wirtschaftsleben der Völker im Wandel der Zeiten«. Der Durchschnittsbesuch pro Versammlung betrug 29. Eine Protestversammlung mit den Tabakarbeitern wurde kräftig unterstützt. Nach einer regen und sachlichen Diskussion und nach Erledigung der Neuwahlen schloß der Vorsitzende die gutbesuchte Versammlung mit dem Wunsche auf weitere Vorwärtsentwicklung der Zahlstelle.

München. (Lithogr. und Steindr.) In unserer am 13. Februar stattgefundenen Generalversammlung erfolgte die einstimmige Wiederwahl der bisherigen Verwaltungsmitglieder. Der vom Vorsitzenden Kollegen Schumann erstattete Jahresbericht behandelte auch unter anderem die im Laufe des vergangenen Jahres ins Leben gerufene Lehrlings-Abteilung, die schon hübsche Erfolge zu verzeichnen hatte. So wurde am 17. Januar eine Winterfeier für die Lehrlinge abgehalten, welche ausgezeichnet verlief und auch einen hübschen Reinertrag brachte. Für die auf unser Ersuchen von einigen Münchener Kunststätten für den Glückshafen überlassenen Kunstwerke, Licht- und Kupferdrucke usw. sei auch an dieser Stelle nochmals gedankt. Die Versammlungen der Lehrlinge sind stets gut besucht und werden mit interessanten, lehrreichen Vorträgen eingeleitet. Ebenso steht der Jugendorganisation unsere zum Teil neu eingerichtete reichhaltige Bibliothek zur Verfügung, die von Jung und Alt stark in Anspruch genommen wird. Wer die Jugend hat, hat auch die Zukunft.

Der Lithograph.

Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner und Maler.

Redigiert von Fr. Schnetter, Hannover, Arndtstr. 36, II.

Aus den Sektionen.

Dresden. Die am 6. Februar abgehaltene Jahreshauptversammlung der Filiale II (Lithographen) brachte vor Erledigung des geschäftlichen Teiles einen hochinteressanten, durch über 100 Lichtbilder

erläuterten Vortrag unsers Photographenkollegen Reinhardt über „Leben und Treiben im Orient“. Von Triest ausgehend, führte der Vortragende seine Zuhörer an Korfu vorbei nach der Insel Kreta, von da durch die Dardanellenstraße und das Marmarameer nach Konstantinopel, wobei er in fesselnder Weise seine persönlichen Erlebnisse, sowie die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse des Orients schilderte. Mit reichem Beifall wurde ihm gedankt. Hierauf gab Kollege Pöhler den Jahresbericht. Er betonte, daß zwar im Krisenjahre 1908 keine besonderen Erfolge zu verzeichnen seien, wohl aber müsse konstatiert werden, daß alle bisherigen Ertragsverhältnisse festgehalten werden konnten. Die darauffolgende Neuwahl der Verwaltung ergab die Wiederwahl der bisherigen Kollegen mit Ausnahme des Kollegen Sauppe, der eine Wiederwahl entschieden ablehnte. An seiner Stelle wurde Kollege Klimt gewählt. Das Amt des Vorsitzenden fiel wieder dem Kollegen Pöhler zu. Im Weiteren wurde die Verwaltung ersucht, geeignete Schritte zur Beseitigung der letzten Ueberreste des Akkordsystems in Dresden zu unternehmen. Kollege Sauppe richtete einen warmen Appell an alle turnenden Kollegen, nur in den Arbeiterturnvereinen zu turnen, bezw. in solche überzutreten. Wegen vorgeückter Zeit wurde der Bericht unsers Ortskrankenkassenvertreters auf die nächste Versammlung verlagert. Kollege Klimt bemängelt, daß die Kollegenschaft über das Endresultat des Streiks bei Kluge-Leipzig in Unwissenheit gelassen werde und stellt den Antrag, den H. V. zu ersuchen, das Versäumnis in der „Graph. Presse“ nachzuholen. Nach eingehender Debatte hierüber wird der Antrag angenommen und die gutbesuchte Versammlung geschlossen. G.

Anmerkung: Die Annahme, daß die Kollegenschaft über das Ergebnis des Streiks bei Kluge in Leipzig in Unwissenheit gelassen werde, ist unbegründet. Daß der Streik uns einen gewissen Erfolg gebracht hat, davon ist die Kollegenschaft bereits unterrichtet. Ueber die Einzelheiten des Ergebnisses konnte noch kein Bericht folgen, da einige Differenzen, die sich nach dem Friedensschluß wieder eingestellt haben, erst beigelegt werden mußten.



Die photomech. Fächer.

Teil für die Interessen der Chemigraphen, Reproduktionsphotographen, Lichtdrucker, Kupferstecher u. -Drucker.

Scharfmachereien in der Lichtdruckbranche.

Im Verlage des bekannten Herrn Gustav Jährig in Leipzig-Stötteritz (früher Mitinhaber der Firma Dr. Trepler & Co. in Leipzig) erscheint ein Wochenblattchen, daß sich „Neue Deutsche Papier-Zeitung: Die Postkarte“ nennt. Der „Bund der Lichtdruckanstalten“ hat es zu seinem Organ erkoren, wodurch es auch Organ des Tarifamts der Lichtdrucker geworden ist. Im allgemeinen blüht es wie ein recht bescheidenes Pflänzchen im Verborgenen. Manchmal fühlt es sich aber von dem Drange besetzt, der Welt durch Taten zu beweisen, daß es auch noch da sei, um dadurch seinen Abonentenschwund wieder für einige Zeit aufzuhalten. Denn ohne Abonenten auch keine Inserenten, und ohne Inserate keine Einnahmen für die Macher der „Neuen Deutschen Papier-Zeitung: Die Postkarte“.

Daß dem Blättchen die Wahl der Mittel zur Befriedigung seines Tatendurstes keine Kopfschmerzen bereitet, beweist ein Brief, der mit dem Stempel „Wichtig! Sache des Chefs!“ an die deutschen Lichtdruckanstalten gesandt wurde. Er liegt uns im Original vor und lautet wie folgt:

Leipzig-St., den 11. Februar 1909.
Sehr geehrte Firma!

In der am 12. Februar er. erscheinenden No. 7 unseres Blattes ist eine Entgegnung auf einen Schiedsspruch in No. 11 der Berliner Papier-Zeitung (Hoffmann) enthalten. Wir würden Ihnen verbunden sein für eine geill. Äußerung, ob Sie der Meinung sind, daß der Drucker in diesem Falle ein Verschulden hat und damit einen Schadenersatz übernehmen kann.

Würden Sie wohl die Güte haben, uns gelegentlich ebenfalls eine Äußerung zugehen zu lassen, ob Sie es für möglich halten, daß bei den gegenwärtigen Preisen die Lichtdrucklöhne für die Dauer aufrecht erhalten werden können. Haben Sie ferner Kenntnis genommen von der Gefahr, welche dem Lichtdruckabsatz droht, wenn die Zölle in Nordamerika sich von 25% auf das Doppelte erhöhen. Obwohl die amerikanischen Lichtdrucker behaupten, daß ihnen der ausländische Lichtdrucker das Leben sauer mache, so scheint es doch, als ob die deutsche Einfluß bedeutend nachgelassen habe.

Hochachtungsvoll
Geschäftsleitung der Neuen Deutschen
Papier-Zeitung: „Die Postkarte“.
A. Lauer.

Die neidische Hetze des Blättchens gegen den älteren und angesehenen Konkurrenten im ersten Abschnitt des Briefes interessiert uns nicht; es

handelt sich dabei um den Streit einer Lichtdruckanstalt mit einem ihrer Kunden, zu dem die Hoffmannsche „Papier-Zeitung“ auf Ersuchen einen Schiedsspruch fällt. Ebenso kommt der Hinweis auf die drohenden Zollerhöhungen in Amerika hier nur soweit in Betracht, als er zur Unterstützung der Scharfmacherei gegen die Gehilfen benutzt wird. Aber diese Scharfmacherei selbst, die in der Frage liegt, ob es die Briefempfänger für möglich halten, daß bei den gegenwärtigen Preisen die Lichtdrucklöhne für die Dauer aufrecht erhalten werden können, verdient unsere volle Beachtung.

Also so ganz im Geheimen, durch vertrauliche Briefe, hetzt das Blättchen gegen die Gehilfenschaft, sucht es bei den Unternehmern Stimmung zu machen für Lohnreduktionen. Öffentlich getraut es sich damit nicht hervor. Die Katze läßt das Mäusen nicht — ebensowenig wie Herr Jährig das Drehen des Schleifsteins unterlassen kann, auch wenn er sich, wie im Falle der Lichtdrucker, auf den Tarif verpflichtet hat.

Die Lichtdruckprinzipale werden hoffentlich klug genug sein, diese Scharfmachereien unbeachtet zu lassen und den Frieden im Gewerbe zu wahren. Sie könnten sonst schlechte Erfahrungen machen, denn die Gehilfenschaft wird ihre Interessen allen Verschlechterungsversuchen gegenüber mit Energie zu vertreten wissen. Ob es die Reklame, die das Blättchen durch seine hinterhältigen Scharfmachereien für sich zu machen sucht, wert ist, daß die Lichtdruckanstalten die Gefahr von Lohnstreitigkeiten mit den Gehilfen heraufbeschwören, werden die Prinzipale am besten wissen. Jedenfalls wird die Gehilfenschaft stets auf dem Posten sein.

Zur weiteren Einführung des Chemigraphentarifs.

Als im September vorigen Jahres der Tarif-Ausschuß der Chemigraphen zusammenberufen wurde, ergab die Beratungen, daß doch noch ein ganz Teil Firmen außerhalb unserer Gemeinschaft stehen und daß mit Abschluß des neuen Tarifes die Arbeit einsetzen müsse, um diese Firmen Tariffrei zu machen. Die Berichte ergaben aber, daß die Verwaltungen der verschiedensten Städten schon vorgearbeitet hatten, und zwar durch den Versuch, die Gehilfen in den betreffenden Firmen zu organisieren. In einzelnen Fällen waren sogar alle dort beschäftigten Arbeiter organisiert worden; in anderen hatte man die bestimmtesten Zusagen von ehemaligen Streikbrechern, daß sie bei einer Bewegung sich sofort anschließen würden, um wieder in den Verband zu kommen.

Der Tarif wurde wieder erneuert und dadurch diese Angelegenheit aktuell. Man versuchte nun mit Hochdruck zu arbeiten. Alle Stellen, welche frei wurden, sind den Nachweis gemeldet worden, um durch organisierte Kollegen besetzt zu werden. Soweit neue oder solche Firmen, in welchen wir noch keine organisierten hatten, in Frage kamen, wurde die Verständigung mit den zuständigen Stellen erst gesucht. So kam es nun, daß das Tarifamt in Berlin eine Bewegung einleitete, um Firmen zum Anschluß an die Tarifgemeinschaft zu veranlassen.

Nach Einladung der Firmeninhaber zur persönlichen Aussprache, in der aber keine positiven Resultate erzielt wurden, mußten die Vertrauensmänner vorstellig werden. Die Kreisvertreter und die Ortsverwaltung taten ihr möglichstes aber leider kam es trotz aller Mühe und alles Zeitaufwands zu keiner rechten Verständigung. Die Gehilfen reichten ihre Kündigungen ein, um den Prinzipalen zu zeigen, daß auch der nötige Nachdruck zu diesem Vergehen vorhanden ist, aber auch dieses blieb ohne Erfolg. Obwohl das Tarifamt nochmals während der Kündigungszeit eine Verständigung suchte, gelang sie nicht und die Gehilfen mußten ihre Stellungen verlassen.

Wir erwarten nun, daß sämtliche Kollegen uns ihre Unterstützung zusagen und durch Aufklärung jeden Zuzug fernhalten. Hauptsächlich sei dabei das Augenmerk auch auf die Lithographen und Xylographen gerichtet, damit diese von unserem Vorgehen Kenntnis erlangen und hier nicht unbewußt zu Streikbrechern werden. Vorläufig kommen die Firmen: R. Mittelbach Kötschenbroda, Berlin und Dresden (Olobos), Patont Clichee-Fabrik, früher Rapid, Inh. Friedrichsen & Cyhan, und Gaihard, Inh. Curt Hoffmann, in Betracht.

Indem wir nun die Bewegung den Kollegen Deutschlands zur Kenntnis bringen, hoffen wir auf die tatkräftige moralische Unterstützung der Kollegen aller Branchen.

I. A.: Gg. Baumann.

Aus den Sektionen.

München (Chemigr. und Kupferdr.). In unserer am 2. Februar stattgefundene Generalversammlung gab nach einem kurzen Berichte des 2. Vorsitzenden über das abgelaufene Vereinsjahr Kollege Dirnberger den Kassenbericht. An Arbeitslosen-Unterstützung wurden im 4. Quartal 1641,70 Mk., an Kranken-

Unterstützung 1544 Mk. und an Extra-Unterstützung 762 Mk. ausgegeben. Der Mitgliederbestand betrug am Schlusse des Jahres 1908 440. Dem Kassierer wurde einstimmig Decharge erteilt. Kollege Wagner gab sodann den Bericht vom Arbeitsnachweis. Das letzte Halbjahr wies eine große Anzahl arbeitsloser Kollegen auf. Das ist eine Mahnung an alle Kollegen, sich für die Zeiten der Krisis zu sichern durch festen Anschluß an die Organisation. Hierauf wurde das Wahlergebnis für die tariflichen Ämter bekanntgegeben. Als Kreisvertreter wurde Kollege Alois Mayer, als Kreisstellvertreter Kollege Heinrich Wagner, als Mitglieder des Schiedsgerichts die Kollegen Suchy, Lungewitz und Brummer, als Stellvertreter die Kollegen Burgstaller, Estendorfer und Stettner. In die Prüfungskommission die Kollegen Diernberger und Suchy, als Stellvertreter die Koll. Lungewitz und Abendroth und als Arbeitsnachweisführer Kollege Markus Reiserer gewählt. Sodann erfolgte die Neuwahl der Verwaltung. Nach Erledigung örtlicher Angelegenheiten richtete der neue Vorsitzende Kollege Lungewitz einen kräftigen Appell an die Kollegen zu fleißigem Versammlungsbesuch. Hierauf wurde die Versammlung, in der 150 Kollegen erschienen waren, geschlossen.



Photogr. Mitarbeiter.

Teil für die Interessen der Portrait-Photographen
Zentralarbeitsnachweis: Wilh. Hübner, Berlin N. 28,
Anhalterstr. 27, I. — Telephon Amt III, 5246.

Lohnkürzungen im Atelier des Warenhauses Wertheim.

Vielen unserer Kollegen dürfte das Warenhaus Wertheim, insbesondere auch der vom Professor Messel geschaffene Prachtbau in der Leipzigerstraße zu Berlin, bildlich oder wenigstens dem Namen nach bekannt sein. Auch werden sie in den Tageszeitungen fast aller Richtungen Angaben über das investierte Kapital bei den Unternehmungen der Firma gelesen haben. Allerdings waren die Angaben zum meist schätzwürdigen. Sollen doch nach der „Deutschen Konfektion“ allein in den Berliner Geschäftshäusern 48 75 Millionen Mark angelegt sein, wovon auf das Haus in der Leipzigerstraße 36,08 Millionen Mark entfallen. Der Gesamtwert der Wertheim'schen Geschäftshäuser wird auf annähernd 52 Millionen Mark geschätzt. Auch soll wegen Familienzwistes die Liquidation beschlossen sein und zum 1. April 1909 die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft vor sich gehen.

Diese großartigen Unternehmen, die uns zeigen, wie sich der Kapitalismus auch die verschiedensten Künste und Kunstgewerbe geschäftlich zu Nutze macht, haben wohl die größte Anstalt für Portraitphotographie eingerichtet; sie dürften gegenwärtig auch die größte Zahl von Angestellten aller Portraitphotographischen Geschäftsbetriebe aufweisen (in allen eigenen Ateliers 80 Kolleginnen und Kollegen). Im Gegensatz zu fast allen anderen rein photographischen Betrieben hat die Firma es bis heute verstanden, neben guter handwerksmäßiger Photographie auch die künstlerische Photographie zu pflegen und naturgemäß auch geschäftliche Erfolge zu erzielen. Neben den technischen Errungenschaften weiß sich die Firma einem Stab muster-gültiger Arbeitskräfte zu Nutze zu machen und scheut auch vielfach vor hohen und höchsten Löhnen für die Abteilungsleiter nicht zurück. War doch oder ist sogar noch der Assistent des Geheimrats Miethe Dr. Traube in dem Dreifarben-Atelier der Firma tätig.

So hoch man es nun dieser Firma anrechnen kann, daß sie ihrer Kundschaft reelle und gediegene Arbeit bietet, so wenig kann man es verstehen, daß sie gerade bei den Angestellten zu sparen versucht, die am intensivsten zu arbeiten gezwungen werden. Daneben versuchen aber die Abteilungsleiter einen Zusammenhalt der Angestellten zu verhindern. Kommen dann doch offen sichtlich Klassenmaßregeln, die nur die wirklich arbeitenden und nicht die aufsichtführenden Angestellten treffen, dann drängt sich mit elementarem Unmut das Bewußtsein durch, ungerecht behandelt, als eine geringere Klasse betrachtet zu werden, und auch der vermeintliche Künstler sieht, daß er nur Arbeitsbiene des Wertheim'schen Bienenkorbes ist.

Wie allen gewerblichen Angestellten ziemlich plötzlich in Aussicht gestellt wurde, sollte für alle Krankheitsstage der Lohn gekürzt werden. Bei einigen unserer Kolleginnen und Kollegen wurde diese Bestimmung auch schon zur Tat gemacht. Als die Firma Kenntnis von der von uns anberaumten Versammlung erhielt, zahlte sie jedoch den abgezogenen Lohn aus, so daß den wenigen in Betracht kommenden Kolleginnen und Kollegen über 140 Mark nachgezahlt wurden. Auch wurde von der Geschäftsleitung nunmehr die allerdings vertragsmäßig schon immer festgelegte, aber nie angewandte Bestimmung dahin interpretiert, den über 5 Jahren im Betrieb tätigen Angestellten soll in Zukunft der Lohn für die Krankheitsstage nicht gekürzt werden, bei allen anderen aber solle die Kürzung erfolgen.

Die Firma konnte hierdurch aber ihr verlor Prestige nicht wiedergewinnen, was auch in der Versammlung ziemlich unzweideutig zum Ausdruck

kam. Verteidigt wurde die Firma mit ihren Maßnahmen von Niemand, auch nicht von anwesenden leitenden Personen. Es war deshalb dem Referenten dieser Versammlung leicht, zu beweisen, daß nur das Zusammenhalten der Kollegen, nur eine feste Organisation weitere Verschlechterungen verhüten könne. Daß solche eventl. eintreten werden, befürchteten auch einige Kollegen, die zur Organisation anforderten.

So, wie den Kolleginnen und Kollegen die 140 Mark gewonnen wurden, läßt sich durch geschlossenes Handeln noch viel mehr gewinnen, wenn die Kollegen wollen. Zeigen die Kollegen, daß sie wollen, so wird die Firma keine Verschlechterungen einführen, sondern ihre photographischen Angestellten zum Mindesten mit dem gleichen Rezept behandeln, wie ihre Hausdiener, denen sie die Krankheitsstage nach wie vor bezahlt.

Die Tapetenbranche.

Teil für die Interessen der Formstecher, Tapeten-, Linoleum-, Wachsdruck-, Zeug- und Seidendrucker.
Arbeitsnachweisführer: C. Schubart, Berlin N. 20, Bodstraße 26.

Aus dem Lager unserer Unternehmer.

Die »Tiag« versucht mit allen Mitteln, ihren mächtigsten Konkurrenten, den »Verein Deutscher Tapetenfabrikanten« klein zu kriegen. Wie wir bereits in No. 7 (Rundschaun) mitteilen konnten, sind ihre Bemühungen auch bei dem bisherigen Vorsitzenden des genannten Vereins Max Langhammer in Chemnitz, der sich bisher als ein erbitterter Gegner des Tapetentrusts aufspielte, von Erfolg begleitet gewesen. Er verkaufte, ohne mit seinen Vereinsgenossen irgend welche Fühlung genommen zu haben, seinen Betrieb für einen hübschen Batzen Geld an die »Tiag« und unternahm sogar eine Agitationsreise für diese, noch bevor er sein Amt als Vorsitzender des Tapetenfabrikantenvereins niedergelegt hatte.

In der Generalversammlung dieses Vereins wurde nun von weiteren Versuchen des »Tiag«, ihn zu sprengen, Mitteilung gemacht. Sie hatte an den »Verein« ein Schreiben mit folgenden Vorschlägen gerichtet:

»Wir sind bereit, mit einer Anzahl Fabrikanten Ihres Vereins eine Interessengemeinschaft einzuziehen und zu diesem Zwecke mit den betreffenden Firmen in Unterhandlungen einzutreten. Es könnte sich dabei nur um Interessengemeinschaftsverträge auf längere Jahre handeln, damit dadurch die materielle Lage unserer Industrie, sowohl was Fabrikation wie Handel anbelangt, wesentlich verbessert würde. Nur durch eine derartige, auf lange Jahre hinaus festgelegte Vereinigung von Fabrikanten läßt sich der unbedingt ins Auge zu fassende Schuttschritt der Händler, soweit er überhaupt unter den gegenwärtigen Verhältnissen durchführbar ist, mit Sicherheit und strengster Konsequenz durchführen. Wir ersuchen Sie nun, uns diejenigen Firmen zu nennen, welche Sie für eine derartige Interessengemeinschaft vorschlagen würden. Wir glauben, daß wohl kaum mehr als 8-10 Fabriken in Frage kommen könnten. Sobald Sie uns die Firmen genannt haben werden, werden wir uns darüber äußern und noch im Laufe der nächsten Woche eine Zusammenkunft mit denselben herbeiführen. Die ganze Situation gebietet, daß dieses Vorgehen mit größter Beschleunigung erfolgt, damit recht bald eine größere Sicherheit in der Branche geschaffen wird.«

Dieser Versuch, eine Reihe weiterer Mitglieder des »Vereins« für die »Tiag« einzulangen, scheiterte. Die Generalversammlung lehnte den Vorschlag einstimmig ab und teilte dem »Berliner Tageblatt« zu diesem Beschluß noch folgendes mit:

»Die Versuche der »Tiag«, den Verein Deutscher Tapetenfabrikanten zu sprengen, sind gescheitert. Die beiden Vorsitzenden des Händlervereins und dem Berliner Tapetenhändlerverein haben erklärt, den Verein Deutscher Tapetenfabrikanten nach wie vor zu unterstützen, und verwerfen die Idee einer teilweisen Interessengemeinschaft mit der »Tiag«, noch dazu eine mehrjährige, durchaus. Die Generalversammlung hat eine Reihe Beschlüsse gefaßt, die dazu angetan sind, der Händlerschaft zu zeigen, daß der Verein Deutscher Tapetenfabrikanten ernstlich entschlossen ist, das am 26. Januar 1909 gegebene Versprechen: »Durch einmütiges Zusammenarbeiten mit der Händlerschaft eine Besserung der Lage der Branche zu bewirken«, einzulösen. Aus Zweckmäßigkeitgründen werden diese Beschlüsse, die ja erst zur nächsten Reisesaison in Kraft treten können, jetzt noch nicht bekanntgegeben. Herrn Max Langhammer (dem bisherigen Vorsitzenden des Vereins, der seine Fabrik an die »Tiag« verkauft hat) wurde mitgeteilt, daß er aus dem Verein Deutscher Tapetenfabrikanten ausgeschlossen worden ist. Gerade das Verhalten und die Angriffe des Herrn Max Langhammer, sowie die Versuche der »Tiag«, den Verein Deutscher Tapetenfabrikanten zu sprengen, haben bewirkt, daß die Mitglieder des Vereins Deutscher

Tapetenfabrikanten mehr denn je entschlossen sind, durch einmütiges und ehrliches Zusammenhalten den Angriffen der »Tiag« zu begegnen.

Die Konsumenten bleiben also bis auf weiteres noch vor der Gefahr bewahrt, durch einen allumfassenden Tapetentrust nach allen Regeln der edlen Profitmacherkunst geschröpft zu werden. Was die Konsumenten zu erwarten hätten, wenn die Versuche der »Tiag«, die Alleinherrschaft im Gewerbe zu erobern, von Erfolg gekrönt sein würden, beweisen die Verhältnisse in Amerika. Der höchste Gerichtshof der Vereinigten Staaten, die Supreme Court in Washington, fällt vor einiger Zeit eine Entscheidung, die interessante Schlaglichter auf die Wirksamkeit der Trusts wirft. Wir entnehmen darüber der »Kölnischen Zeitung« folgendes:

»Die Entscheidung betrifft den Tapetentrust, und vor ihr fallen die Preisabkommen zwischen Trusts und Kunden, falls solche Verträge auf die Verhütung des freien Wettbewerbs abzielen, wie Kartellhäuser zusammen, da alle anderen Trusts, welche den Warenabsatz nach Art des Tapetentrusts betreiben, von dieser Entscheidung betroffen werden. Der verurteilte Trust ist die Continental Wall Paper Co., welche aus der Zusammenlegung aller größeren Tapetenfabriken entstand und, verschänzt hinter einem hohen Eingangszoll, die Preise willkürlich hoch schraubte. In der Kontrolle der Tapeten-Erzeugung war der nächste Schritt dieses Trusts, auch den Markt zu beherrschen, und es wurden mit Zwischenhändlern und Kleinhändlern Verträge abgeschlossen auf folgender Grundlage: 1. wurde der Preis festgesetzt, zu welchem der Händler für Tapeten zu verkaufen hatte, 2. ein Mindestpreis, zu welchem der Händler zu verkaufen hatte, 3. der Kunde mußte sich verpflichten, von keinem anderen Fabrikanten als dem Tapetentrust zu kaufen. Die nunmehr erfolgte Entscheidung des höchsten Gerichtshofes hat diesen Vertrag, weil er gegen die guten Sitten verstoße, als ungesetzlich erklärt und Ansprüche, die aus derartigen Abmachungen entstehen, aus dem Gerichte verwiesen. Herbeigeführt wurde diese wichtige Entscheidung durch eine Klage der Continental Wall Paper Co. gegen die als Gesellschaft gesetzlich eingetragenen Tapetenhändler Louis Voigt & Sons Co. in Cincinnati, durch welche der Trust die Summe von 56762 Doll., welche die Firma schuldet, einzutreiben suchte. Die Entscheidung und die Beseitigung des ganzen Wesens des Trusts mag auch Veranlassung dafür werden, daß bei der Durchsicht der Zollsätze der hohe Zoll auf Tapeten vermindert wird, was sich als zweckdienlichste Maßregel gegen das Ausplündern des Publikums durch diese wie die meisten anderen Trusts erweisen würde.«

Die Uebertragung dieses Satzes auf die deutschen Verhältnisse hat die »Kölnische Zeitung« allerdings unterlassen. Aber auch hier würde durch Verminderung oder Aufhebung der Zollsätze auf die notwendigsten Lebensmittel einer Interessentenklügel, den Agrariern, das »Ausplündern des Publikums« unmöglich gemacht werden können. Die zitierte Entscheidung sollte aber hauptsächlich den amerikanischen Konsumenten die Augen darüber öffnen, welche Wirkungen eine Zollerhöhung auf graphische Erzeugnisse für sie haben müßte. Sie würden der Schröpfung durch einheimische Fabrikanten vollständig preisgegeben sein.

Aus den Sektionen.

Altona-Ottensen. Die Versammlung vom 13. Februar nahm zunächst den Jahresbericht der früheren Formstecherfiliale entgegen. Nach diesem haben im verflossenen Jahre 11 Mitgliederversammlungen stattgefunden; zu einigen waren die Tapeten-drucker eingeladen und auch zum großen Teil erschienen. Infolge des reichlich vorhandenen Stoffes zu den Versammlungen (Uebertretungsfrage, Generalversammlung usw.) konnte nur ein größerer beherrschender Vortrag abgehalten werden und zwar über die Entwicklung der materialistischen Weltanschauung. Der durchschnittliche Mitgliederbestand war: 22 von der Gesamteinnahme aus Wochenbeiträgen und Eintrittsgeldern von 937,67 Mk. wurden der Hauptkasse 492,93 Mk. überwiesen. Nach dem Kartellbericht hielt Genosse Kimmel-Hamburg seinen aufmerksam lauschenden Zuhörer einen fast zwei-stündigen vorzüglich durchdachten Vortrag über »Welterschöpfung und Weltuntergang.« Das Interesse und der große Beifall erweckten den Wunsch, bald wieder den Mitgliedern durch einen ähnlichen Vortrag einen gleichen Genuß zu bieten. Zum Schluß wurde zu der in Hamburg bestehenden Lehrungs-schutzkommission der freien Gewerkschaften ein Vertreter gewählt.

Leipzig. Unsere Februarversammlung begann mit dem Bericht über die weiteren Verhandlungen mit der Firma Langhammer. Im November v. J. traten die dort beschäftigten Kollegen an ihren Chef mit einem Schreiben heran, in welchem sie um Verkürzung der Arbeitszeit von 60 auf 57 Stunden (täglich 9 1/2 Stunden), die Umwandlungen der Stundenlöhne in Wochenlöhne, 5 Proz. Lohnerhöhung für die Hilfsarbeiter und 1 Pf. Zulage für 100 Rollen für die Arbeiterinnen an den Ab-meßmaschinen baten. Dies Vorgehen hatte den Erfolg, daß die Firma für Neujahr eine Regelung

der Lohnverhältnisse versprach. Sie hat ihr Versprechen aber nicht gehalten, sondern auf nochmaliges Vorstellwerden der Kommission der Vorschlag gemacht, für jede Rolle 1/3 Pf. zu vergüten, wenn die im vorigen Jahre außerhalb gedruckten 300000 Rollen noch mit im Betriebe fertiggestellt würden. Das heißt für den Chef, aus dem Geben wieder Gewinn schlagen, und für den Arbeiter, das Mehr am eigenen Leibe abracken. Was weiter geschehen soll, wird in einer Versammlung unter Beisein eines hiesigen Beamten beraten werden. Sodann wurde bekanntgegeben, daß in unserer Filiale die Mehrzahlung der 10 Pf. zum Wochenbeitrag schon einem älteren ausgesteuerten Kollegen zugute kommt. Er erhält 4 Mk. pro Woche. Der in dem Berliner Versammlungsbericht enthaltene Aufruf unserer böhmischen Berufskollegen zu einem Kongreß wurde mit Freuden begrüßt. Wir sind der Meinung, daß er von unserer Zentralkommission besucht wird und wünschen der Sache den besten Verlauf. In der nächsten Versammlung wird vom Kollegen Redel Magdeburg ein Vortrag über Stile und Silarten in der Wand-bekleidung gehalten. Es fehle also keiner!

Feuilleton.

Zu Senefelders 75. Todestage. 26. Februar 1834.

Wir feiern heut' des Meisters Todestag. — Ein reiches Leben, voller Müh' und Plag', Vor fünfundsiebzig Jahren ging's zur Neige. — Der Körper starb! Dar klare Geist, er lebt! Wir fühlen's, wie er in uns wirkt und webt! — Zu seinem Ruhm ein Lied zum Aether steige!

Wir wissen, was uns Senefelder war, Was er uns sein wird jetzt und immerdar, Und frei und dankbar woll' a wir es bekennen. Zwar sah er nicht auf Ehre, Geld und Gunst, Zwar lebte er bescheiden seiner Kunst, Doch rühmend woll'n wir seine Taten nennen.

Für seinen Vorteil hat er nie gelebt! Für die Kultur, die Welt hat er getrebt — Der ganzen Menschheit woll' er Nutzen bringen; Das reiche Lebenswerk, das er vollbracht, Er hat's uns allen zum Geschenk gemacht, Gern gab er's in der Freude am Oelingen.

Denn was es sollte, hat sein Werk erfüllt, Und manches edelschöne Kunstgebild Ward durch den Steindruck aller Welt zu eigen. Aus dem Museum drang's ins Land hinaus, Dort zwang's das Volk im Schloß, im schlichten Haus, Vor edler Kunst und Schönheit sich zu neigen.

Und manchem Künstler konnt' der Zeichenstein, Den Senefelder fand, ein Mittel sein Zu freier, künstlerischer Offenbarung. — So führt, was der Meister uns ersann, Uns zu der Schönheit lichten Höhen hinan Und bringt uns echte, künstlerische Nahrung.

Sein Lebenswerk, sein hehr' Kulturgeschenk, Wir pflegen es und sind uns eingedenk Der hohen Pflichten unsres Jüngertumes. Und huldigend stehn wir vor seinem Bild Und drücken auf die Stirne, licht und mild, In Dankbarkeit den Lorbeerkranz des Ruhmes.

Die Entwicklung des Weltalls.

II.

Die Quelle der Sonnenwärme.

Die Fortschritte der Wissenschaft im neunzehnten Jahrhundert hatten das Schwergewicht der Frage nach der Zukunft des Menschengeschlechtes, der Frage, wie lange die uns notwendigen Lebensbedingungen gesichert sind, von der Erde nach der Sonne verschoben. Die Dauerhaftigkeit des Erdkörpers, den wir als Wohnsitz gebrauchen, erschien für absehbare Zeit gesichert, und die Astronomie rechnet die Zeit, die sie absehen kann, nach Hunderttausenden und Millionen von Jahren. Aber wir brauchen mehr als einen festen Boden unter unseren Füßen; wir brauchen Licht und Wärme zum Leben, und diese müssen uns die Sonnenstrahlen bringen. Ihre Erhaltung ist eine Lebensbedingung für das Menschengeschlecht; mit der Sonnenwärme hört alles Erdenleben auf.

Sobald sich um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts die Wissenschaft über die Energie und ihre Unzerstörbarkeit klar geworden war, wandte sich ein großes Interesse der Frage nach der Erhaltung der Sonnenwärme zu. Man hatte die erstaunliche Energiemenge gemessen, die die Erde durch die Sonnenstrahlung erhält, und sie ist doch nur ein Zehntausendmillionstel der ganzen, von der Sonne ausgestrahlten Menge. Um eine Vorstellung der Quantitäten zu geben, um die es sich hier handelt, sei erwähnt, daß die Sonne, wenn ihre ungeheure Masse ganz aus Kohle bestände und ihre Strahlung aus der Verbrennung dieser Kohle

entstände, in 8000 Jahren vollständig verbrannt wäre. Woher kommt diese Energie? Wäre die Sonne einfach ein sehr heißer Körper, so müßte sie durch ihren Wärmeverlust sicherlich ein paar Grade kühler werden, und dann wäre mit etwa 10000 Jahren die Geschichte zu Ende. Allein dann müßte auch im historischen Leben die Temperatur der Sonne schon so bedeutend abgenommen haben, daß ihr allmähliches Kälterwerden nicht hätte unbemerkt bleiben können. Soweit nachweisbar, hat sich im Laufe der Geschichte die Sonnenstrahlung nicht vermindert, und diese Tatsache, mag sie auch nicht erklärt werden können, beruhigt schon für die Zukunft. Sie drängt uns aber zugleich die Ueberzeugung auf, daß irgendwelche Energiequellen bestehen müssen, die den Energieverlust ersetzen, die verursachen, daß die Sonne trotz ihrer gewaltigen Strahlung nicht kälter wird.

Es galt nun, die Quellen aufzufinden, aus denen die Sonne immer neue Wärme schöpft. Die neue Lehre von der Umwandlung der Energie zeigte sofort, wo die Antwort zu suchen sei, nämlich in der Verwandlung mechanischer Energie in Wärme. Robert Mayer, der den Satz von der Erhaltung der Energie entdeckte, glaubte in dem unauflöshlichen Sturze kleiner, im Weltraum herumfliegender Körperchen (Meteore) in die Sonne eine Quelle der Energie zu finden. Ein Körper, der weit von der Sonne entfernt ist, hat — weil die Sonne ihn mit großer Kraft anzieht — eine große Energie der Lage, die man hier am besten Distanzenergie nennt. Gibt er dieser Anziehung nach, so fällt er immer rascher nach der Sonne hin, und wird seine Distanz zur Sonne kleiner, so wandelt sich seine Distanzenergie in eine mit der Geschwindigkeit wachsende Bewegungsenergie um; wird diese Geschwindigkeit durch den Sturz auf die Sonne plötzlich gehemmt, so verwandelt sich die Bewegungsenergie in Wärme; das Aufleuchten von Sternschnuppen am Himmel ist auch eine Folge davon, daß die rasche Bewegung der auf die Erde zufliegenden Meteore durch das Eindringen in die Atmosphäre gehemmt wird. Der Sturz eines Meteors auf die Sonne würde so viel Wärme hervorbringen, daß eine tausendmal größere Masse als der Körper selbst um eine Million Grade erhitzt würde. Dennoch konnte sich diese Erklärung nicht halten; der Zuwachs an Materie, den die Sonne durch die herabstürzenden Meteore erfahren würde, hätte ihre Anziehungskraft allmählich vergrößert und dadurch die Bewegungen der Planeten so stark geändert, daß es den Astronomen schon längst hätte auffallen müssen.

Eine bessere Erklärung wurde vom Physiker Helmholtz gegeben. Nicht aus der Energie, die entfernte Fremdkörper durch die Anziehungskraft der Sonne besitzen, entsteht die Sonnenwärme, sondern aus der Energie, die den Teilchen der Sonne selbst wegen ihrer gegenseitigen Anziehung innewohnt und die um so größer ist, je größer die gegenseitige Distanz dieser Körper ist. Geben die Teilchen dieser Anziehung nach, nähern sie sich, das heißt schrumpft die Sonne zusammen, so muß die frühere Distanzenergie in der Gestalt von Wärme wieder erscheinen. Helmholtz berechnete, daß schon eine Zusammenschumpfung, die in einem Jahrtausend den Durchmesser der Sonne nur um den achtzehntausendsten Teil verringerte, also eine ganz geringfügige Zusammenschumpfung, die Energiemenge ersetzen würde, die die Sonne durch ihre Strahlung fortwährend verliert. Wenn wir auch noch nicht wissen, weshalb diese Zusammenschumpfung erfolgen muß, so darf man doch annehmen, daß sie tatsächlich stattfindet, da die historische Erfahrung keine Spur von einem Kälterwerden der Sonne nachzuweisen vermag.

Diese Erklärung ergibt nun auch, wenn man sie mit der Kant-Laplaceschen Nebeltheorie verbindet,

wie die ganze Sonnenwärme entstanden ist. Als die Teilchen, die jetzt die Sonne bilden, in dem Zustand einer dünnen Gaswolke weit voneinander entfernt waren, bewirkte ihre gegenseitige Anziehung, daß sie eben durch diese Entfernung eine große mechanische Energie besaßen. Diese Energie war ebensowenig sichtbar, wie die Energie sichtbar ist, die ein sehr hoch über der Erdoberfläche festgehaltener Körper bloß durch seine Lage besitzt. Wie diese aber als Bewegungsenergie einer steigenden Geschwindigkeit sichtbar wird, sobald der Körper herunterfällt, so muß die Energie jener weit voneinander entfernten Teilchen in ihrer wachsenden Geschwindigkeit sichtbar werden, sobald sie sich zu nähern beginnen. Eine steigende Geschwindigkeit der kleinsten Teilchen bedeutet aber eine höhere Temperatur; die Bewegungsenergie dieser Teilchen nehmen wir als Wärme der ganzen Masse wahr.

Wir brauchen also für die ursprüngliche Nebelmasse, aus der das Sonnensystem entstanden ist, keine hohe Temperatur anzunehmen. Sie kann sehr kalt gewesen sein, so daß die Wärme des heißen Sonnenkörpers ganz aus der Zusammenschumpfung entstanden ist. Helmholtz hat berechnet, daß das Zusammenpacken der Teilchen in das Volumen der heutigen Sonne eine Wärmemenge hervorbringen mußte, um die gegenwärtige Strahlung der Sonne 18 Millionen Jahre aufrechtzuerhalten; wahrscheinlich ist diese Rechnung noch zu niedrig, weil der größte Teil der Sonnenmasse schon tief im Innern zusammengedrückt ist und die Teilchen sich also schon viel mehr genähert haben, als es uns nach der äußeren Begrenzung des Sonnenkörpers erscheint. Da in früherer Zeit, als die Nebelmasse noch ziemlich ausgedehnt und noch ziemlich kalt war, die Sonne viel weniger stark strahlte als heute, so übersteigt ihr Alter noch bedeutend 18 Millionen Jahre. Als der Sonnennebel sich noch bis zur heutigen Erdbahn ausdehnte, zur Zeit also, wo sich die Erde von ihm abtrennte, war erst ein unbedeutender Teil dieser großen Wärmemasse von ihm erzeugt worden; die Erde ist also auch als ein dünner kalter Nebelklumpen entstanden. Man darf ihr deshalb ein Alter von wenigstens 30 Millionen Jahren, wahrscheinlich aber ein noch höheres zuschreiben.

Wie lange die Sonne noch ihre heutige Strahlung behalten wird, hängt offenbar davon ab, in welchem Maße sie noch fähig ist, sich weiter zusammenzuziehen. Darüber kann man Genaueres nichts sagen. Helmholtz nahm an, sie könne noch bis zur Hälfte des heutigen Umfangs schrumpfen, und dann wäre ihre heutige Strahlung nochmals 18 Millionen Jahre gesichert. Da aber die Kondensation im Innern der Sonne schon weiter vorgeschritten sein wird, als es nach dem äußeren Umfang erscheint, so bleibt für die Zukunft nicht mehr so viel Energie übrig, und der Amerikaner See berechnet, mit Berücksichtigung dieses Umstandes, daß uns nur noch 4 Millionen Jahre übrig bleiben. Mögen hier nun auch nicht genaue Zahlen gegeben werden können, so wirkt doch die Maßeinheit der Jahrmillion, die bei diesen Rechnungen benutzt werden muß, beruhigend für die Zukunft des Erdenlebens.

Eingänge.

In Freien Stunden. Eine Wochenschrift. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Preis pro Heft 10 Pf.

Die uns vorliegenden Hefte 3 bis 6 bringen die Fortsetzungen des spannenden Scottschen Romans »Kenilworth« und der Erzählung aus der russischen Revolution »Die Kummerjahre«.

Arbeiter-Jugend. Nummer 2 1909. Verlag: Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands. Alle 14 Tage ein Heft von 12 Seiten 4^o zum Preise von 10 Pf. Abonnement vierteljährlich 50 Pf.

Aus dem Inhalt des 2. Heftes heben wir hervor: Im Kampfe. — Die proletarischen Frauen und die Arbeiterjugend. Von Klara Zetkin. — Die Vorläufer der »Arbeiter-Jugend«, II. Die arbeitende Jugend. Von M. Peters. — Ein sozialistisches Jubiläum. Zum 50. Geburtstag der materialistischen Geschichtsauffassung, I. — Charles Darwin und seine Lehre. Zu Darwins 100. Geburtstag. Von M. H. Baegé. — Die Berliner Jugendbewegung. Von Fritz Maschke. — Gewerkschaftliche Bewegung. Von W. J. — Aus der Politik. Von H. B. — Vom Kriegsschauplatz. Ein weiterer Schlag gegen die Jugend. — Fremdwörter. — Die *Beilage* enthält: Junge Arbeiter. Gedicht von Hammersdorf. — Die zwei Kollegen. Von Robert Grötzsch. — Ein Soldat der Revolution. — Der Vortrag als Bildungsmittel. Von Helnr. Schulz. — Bücher für die Jugend: Billige und volkstümliche Schriften über Darwin und seine Lehre. Von M. H. Baegé. — Glaubensbekenntnis. Von Fr. Theodor Fischer. **Jahresbericht für 1908.** Deutscher Holzarbeiter-Verband, Verwaltung Berlin. Selbstverlag. 86 Seiten 8^o.

Das Buch legt Zeugnis ab von einer regen Jahrestätigkeit, deren Erfolge allerdings durch die Krise, von der die Berliner Holzindustrie schwer getroffen wurde, etwas beeinträchtigt worden sind. Trotzdem konnten 2 Anpriffstreiks mit 35 und 20 Abwehrstreiks mit 400 Beteiligten erfolgreich beendet werden. An Arbeitslosenunterstützung wurden 1908 504860,26 Mark ausbezahlt. Der Mitgliederbestand betrug 23835.

Arbeitszeit und Löhne in der Holzindustrie. Ergebnisse einer Statistik des Deutschen Holzarbeiterverbandes vom November 1906. Herausgegeben vom Verbandsvorstand. Kommissionsverlag von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart. 320 Seiten 8^o. Preis Mk. 3.—.

Der Vorsitzende des Holzarbeiter-Verbandes, Th. Leipart, schreibt in der Vorrede u. a.: »Die vorliegende Statistik bringt den Nachweis dafür, daß die auf Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne gerichteten Bestrebungen der organisierten Holzarbeiter ganz erfreuliche Fortschritte aufzuweisen können. Die Mitgliederzahl ist von 23774 im Jahre 1893 auf 42576 im Jahre 1897, resp. 70851 im Jahre 1902, resp. 151717 im Jahre 1906 gestiegen, und die Ausgaben für Streikunterstützung resp. für Kosten der Lohnbewegung vermehrten sich von 4505 Mk. im Jahre 1893 auf 164902 Mk. im Jahre 1897, resp. 152247 Mk. im Jahre 1902, resp. 1658804 Mk. im Jahre 1906. Die Zahl der vom Verband geführten und unterstützten Streiks und Lohnbewegungen betrug in diesen vier Erhebungsjahren 6, 84, 157 und 1236.« Es wird sodann darauf hingewiesen, daß angesichts der ungeheuren Kraftentfaltung der Organisation die Erfolge nicht ausgeblieben sind und der Beweis angetreten ist, »daß die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung nicht umsonst die Opfer bringt, die der gewerkschaftliche Kampf ihr auferlegt.« Mit Recht wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Steigerung aller Lebensmittelpreise, der Wohnungsmieten usw. das Mehr an Lohnneinkommen vielfach völlig aufwiegt, so daß die Frage ganz von selbst aufzuwerfen ist, wie es wohl aussehen möchte, wenn die Arbeiterschaft bei Veräußerung ihrer Arbeitskraft nicht den Schutz der gewerkschaftlichen Organisation hätte? Die Antwort darauf findet der Leser in dem inhaltsreichen Buche in überzeugender Weise dargestellt. Was hier für die Holzarbeiter als Richtschnur aufgestellt ist, gilt für alle Arbeiter. Daher wünschen wir der ausgezeichneten Arbeit recht viele aufmerksame Leser.

Das erste Lebensjahr. Wie ernähren und pflegen wir den Säugling? Von Dr. med. R. Silberstein-Rixdorf. (Arb.-Gesundh.-Bibl., Heft 2; 3. durchgesehene Auflage). Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. 16 Seiten 8^o; Preis 20 Pf., in besserer Ausstattung 50 Pf.

Die rege Nachfrage nach dem in 3. Auflage erscheinenden interessanten Heftchen zeugt am besten für die Nützlichkeit der Arbeit. Um einen Ueberblick über den Inhalt zu ermöglichen, geben wir einige Titelüberschriften wieder: Pflege des Neugeborenen. — Die natürliche Ernährung des Kindes. — Die Entwöhnung. — Die künstliche Ernährung des Säuglings. — Die Zahnung. — Die Haut- und Mundpflege des Säuglings.

Photograph-Aetzer!

Ein tüchtiger Photograph für Schwarzauto und Strich, sowie Heliogravurenproduktionen und ein tüchtiger Auto-Aetzer, suchen beide ab 1. März dauernde Stellung. In- oder Ausland. Geil. Zuschr. erb. an Ludwig Grell, Wien XVI., Hafnerstraße 136 I/8.

Photograph, [1,80]

33 Jahre alt, verh., sucht passende Stelle. Spezialist in Maschinen, Interieur u. Geblüde-Aufnahmen. Kontakt u. Vergrößerung, alle Auskopierverfahren, Laboratorium, Reprod. von Zeichnungen u. Gemälden. Diapositive, Retuschen, Lichtbild-Vorführung, sowie das gesamte Lichtpausverfahren. Reflektiere nur auf dauernden und selbst. Posten. P. Plaza, Wannsee b. Berlin.

Wichtige Neuerungen für die Chemigraphie!

sind H. Durst's dauernd haltbare Zink- und Kupferlösungen (ohne Eiweiß). **Kopierzeit** für Zink von 10 Sek., für Kupfer von 30 Sek. an, daher große Ersparnis an Zeit und elektr. Licht. **Sicheres und zuverlässiges Arbeiten,** da dieselben keinen Witterungsverhältnissen unterworfen sind.

Ia. Spezial Kopier-Farbe

sehr schönes Aussehen der Schicht und durchätzen vollständig ausgeschlossen. Auf Wunsch senden Proben gratis und franko **Locher & Kurz,** Graphische Anstalt, Stuttgart, Bismarkstraße 55 a

Stellenangebote

Gesucht per sofort oder später in angenehme, dauernde Stellung **2 erstklassige Retuscheure.** Köhler & Lippmann, Braunschweig.

Verbandsnachrichten

Um Angabe der Adresse des Lithographen Herrn **Theodor Ehrlich** aus Graßlitz in Böhmen bittet **H. Hoffmann,** Buch- u. Steindruckerei, Naumburg a. S., Brunnengasse 15.

Achtung! Cassel!

Alle für die hiesige Verwaltung bestimmten Sendungen sind von jetzt ab an den Kollegen **Georg Krey, Cassel,** Westring 61 I. r. zu richten. Unterstützung zahlt aus; Kollege **Wihl. Fuhrmann, Cassel,** Schlachthofstraße 59, I. [1,35]

Verschiedenes

Der Lithograph [1,20] **Johann Stumpel,** Buch-No. 20319, geborener Holländer, wird von uns gesucht. Abgerüst aus Aachen Ende Januar. Wir bitten die Ortsverwaltungen um gefl. Nachricht an **K. Möhring, Aachen,** Robenstr. 26, III.